

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich 28 Bg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Bg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Bg. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 20 Bg. (zählend 2 festgedruckte Buchst. jedes weitere Wort 10 Bg. Einzelexemplare und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. August 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Eine neue Gewerkschaftsstrategie?

I.

Man schreibt uns aus gewerkschaftlichen Kreisen: Die Kriegskunst der modernen Gewerkschaftsbewegung ist wie alle Strategie nichts Abgeschlossenes, sondern auch hier gilt der Grundsatz: Alles fließt. Aus den kleinen, vorwiegend lokalen Kämpfen sind die großen Massenkämpfe geworden, dem Arbeiterstreik setzen die Unternehmer die Ausperrung entgegen, der Firmenvertrag wurde durch den Ortsvertrag ersetzt und dieser wiederum macht dem Bezirks- oder gar Reichsvertrag Platz. Allein, man kann zwischen gewissen Methoden unterscheiden, die in den organisatorischen Verhältnissen der Arbeiterbewegung einzelner Länder wurzeln und daher aufs engste mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, mit der Höhe der kapitalistischen Entwicklung der betreffenden Länder konform gehen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß man von einer spezifisch deutschen Gewerkschaftsmethode in der gewerkschaftlichen Welt zu sprechen gewohnt ist. Auf die Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens hat der marxistische Sozialismus den denkbar stärksten Einfluß ausgeübt. Und je länger, desto sicherer kann festgestellt werden, daß das nicht zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung geschah. Die von Marx verfaßte Resolution des Genfer Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation (1866) ist in Deutschland die heute noch geltende theoretische Unterlage der Gewerkschaften geworden. Jene Resolution stellte schon 1866 die gewerkschaftliche Aktion und Organisation mit in den Vordergrund der Bestrebungen der Arbeiterklasse. Wenn die Verwirklichung der These nicht immer glatt vor sich ging, so lag das an einer reaktionären Gesetzgebung und einer nicht minder reaktionären Bureaucratie einerseits, teils aber auch an der langandauernden Nachwirkung Lassalle'scher anti-gewerkschaftlicher Anschauungen in der Arbeiterbewegung selbst. Heute hat sich die der Resolution zugrunde liegende Auffassung all-gemein durchgesetzt.

Eine weitere These jener Resolution ist nicht minder in Deutschland zur Verwirklichung gelangt: die Forderung, daß die Gewerkschaften nicht nur den Lohnkampf führen, sondern auch der allgemeinen sozialen und politischen Bewegung ihre Aufmerksamkeit widmen sollen, das heißt, daß sie dem politischen Kampfe nicht interesselos gegenüberstehen dürfen. Die deutschen Gewerkschaften haben organisatorisch keine Verbindung zur politischen Organisation, die Arbeitsteilung ist hier durchgeführt, aber sie bemühen sich, ihre Mitglieder zur politischen Bahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Interessen zu erziehen. Also keine nur-gewerkschaftliche, sondern gewerkschaftliche und politische Aktion der Arbeiterklasse.

Und schließlich ist in Deutschland mehr als sonstwo in den Ländern einer alten Gewerkschaftsorganisation auch die dritte Marx'sche Forderung durchgeführt worden, daß nämlich die Gewerkschaften sich um die schlechter organisierten Berufe kümmern sollen. Diese Forderung enthält viel mehr, als man auf den ersten Blick annehmen möchte. Sie ist die Proklamierung der allgemeinen Arbeiter-Solidarität, der brüderlichen Kampfsgemeinschaft aller Lohnslaven. Während in England, dem Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung, eine gewerkschaftliche Arbeiteraristokratie der qualifizierten Berufe entstand, haben die deutschen Gewerkschaften genau das gleiche Gewicht auf die Organisation der un-gelernten und gelernten Arbeiter gelegt und unsere großen Industrieverbände vereinigen ohne Unterschied in Rechten und Pflichten die Arbeiter und Arbeiterinnen ihres Organisationsgebietes, gleichgültig, ob sie berufsgelernt sind oder nicht. Ueberhaupt ist die Durchführung der Industrieverbandsorganisation erst möglich geworden durch diese Anerkennung der gleichen Interessen der Arbeiter innerhalb einer Industrie.

Aus dieser theoretischen Klärung ist die deutsche Gewerkschaftsmethode hervorgegangen. Organisatorisch erstreben die deutschen Gewerkschaften die Zusammenfassung aller Arbeiter in ihren Reihen, und zwar in großen leistungsfähigen Verbänden, nicht in kleinen, weniger leistungsfähigen, dem beruflichen Kastengeist Vorschub leistenden Vereinigungen. Für die Organisationsgrenzen ist die technische Zusammengehörigkeit der betreffenden Arbeiter im Produktionsprozeß maßgebend, nicht der Lehrbrief der Kunst. Die Folgen sind glänzend: während in Deutschland 2 1/2 Millionen Arbeiter in 52 Zentralverbänden zusammengefaßt sind, die sämtlich der Generalkommission als Landeszentralisation angehören, zählt das Mutterland der Gewerkschaftsbewegung, England, mehr als 1000 Organisationen bei gleicher Mitgliederzahl. Die Zentralisation in der englischen Landeszentrale ist ebenso rückständig, denn kaum 1 Million von den 2 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern gehören der General-Föderation an. Das gewerkschaftliche Zusammenwirken der englischen Arbeiter ist minimal, verglichen mit dem festen Bande, das die deutschen Gewerkschaften umschlingt. Nur so ist es zu verstehen, daß die Engländer soeben um die Unterstützung von nur 50 000 Streikenden (bei 2 1/2 Millionen Organisierten) nach sechs-wöchentlichem Kampfe die internationale Solidarität anrufen mußten, während die Deutschen, auch wo sie mehrere Hunderttausende von Mitgliedern monatlang im Kampfe hatten, das Ausland nicht in Anspruch nahmen.

Entsprechend der Organisationsmethode der deutschen Gewerkschaften ist auch ihre Aktionsmethode. Man nimmt sich nicht mehr vor, als man voraussichtlich durchführen kann. Daher auch die Zentralisation der Lohnbewegungen in den Vorständen der Organisationen, die alle Voraussetzungen zur Beurteilung der Situation haben. Die deutsche Aktionsmethode duldet nur organisierte Kämpfe, sie sucht die Kampfesfront nicht breiter zu gestalten, als die Leistungsfähigkeit der Organisationen es zuläßt. Auch die Ausperrungen der Unternehmerverbände vermögen an diesem Aktionsprinzip der deutschen Gewerkschaften nicht viel zu ändern. Auch hier sucht die gewerkschaftliche Strategie im Gegensatz zu den Bestrebungen der Unternehmer die Kampfesfront zu vermindern, sei es durch Abschiebung der Ausgesperrten nach anderen Orten oder durch Unterbringung in anderen nicht vom Kampfe betroffenen Betrieben am Orte. Die Prozentausperrung in der Großindustrie veranlaßt wohl die Organisation gelegentlich, die verbliebenen 30 oder 40 Proz. auch aus den Betrieben herauszuführen, nicht des Sympathieprinzips halber, sondern um die Fertigstellung dringender Arbeiten zu verhindern und ferner auch, um der späteren „Ausfortierung“ von Arbeitern durch den Unternehmer zu begegnen. Der Sympathiestreik als solcher hat heute in den deutschen Gewerkschaften wenig Freunde, weil die Erfahrungen lehren, daß er nur selten einen Erfolg für die Arbeiter gewährt. Die einzige Form von Sympathiestreik, die in Deutschland üblich und erfolgreich ist, ist Verweigerung von Streikarbeit. Aber diese Form hat wenig mit dem eigentlichen Prinzip des Sympathiestreiks gemein, dessen Ziel es ist, die Kampfesfront zu vergrößern, weil man glaubt, dadurch den Unternehmer um so früher zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Das gelang wohl früher, als die Unternehmer weniger gut organisiert waren, bei den heutigen Organisationsverhältnissen der Unternehmer scheidet diese Kampfesform aus, weil sie keinen Erfolg verspricht.

Den absoluten Gegensatz zu dieser deutschen Methode bildet die syndikalistische Methode. Sie verschmäht zunächst organisatorisch die Zentralisation der gewerkschaftlichen Machtmittel. Die französischen Gewerkschaften, die Träger dieser Methode, fassen wohl ihre lokalen Syndikate in Landesvereinigungen zusammen, aber diese Vereinigungen verkörpern keine Zentralgewalt, sondern die Syndikate bestimmen selbst über ihre Aktionen. Die lokale Selbstherrlichkeit hat die finanzielle Hilfslosigkeit der Zentrale zur Folge, die somit nur idealen, keinen materiellen Wert besitzt. In einzelnen Verufen beginnt man wohl neuerdings eine Aenderung dieses Zustandes anzustreben, wobei man am weitesten dort kommt, wo man eine Anlehnung an die in Deutschland üblichen Methoden versucht.

Wie die Organisation, so ist auch die Aktionsmethode des Syndikalismus. Seine Kämpfe zeichnen sich durch Organisationslosigkeit aus, sie sind das, was man früher in Deutschland „wilde Streiks“ nannte. Bei stark organisierten Unternehmerverbänden wie in Deutschland wäre diese Methode von vornherein zur absoluten Erfolglosigkeit verurteilt. Aber auch in Frankreich sind die dauernden Erfolge überall dort ganz selten, wo die syndikalistische Methode in Reinkultur blüht. In Paris, dem Hauptstiz des Syndikalismus, sind die Arbeitsverhältnisse der meisten Berufe weit schlechter als in entsprechenden deutschen Städten, die Arbeitszeit un-gerechtfertigt und der Jehnstudenten tag dominierend. Die Verichte deutscher Arbeiter aus Paris über die Zustände auf den Arbeitsplätzen lauten durchweg wenig befriedigend; auch die Solidarität der Arbeiter ist, eine Folge der schlechten Organisation, ungenügend.

Der Syndikalismus vertritt nun bezeichnenderweise die der Deutschen entgegengesetzte Aktionsmethode. Er proklamiert die Ausdehnung der Kampfesfront an Stelle der vorsichtig abmessenden Taktik. Der Generalstreik ist für ihn die entscheidende Hauptwaffe, die sogar jede politisch-parlamentarische Tätigkeit überflüssig macht. Die Voraussetzung erfolgreicher Durchführung von Massen-kämpfen, die starke Organisation, fehlt dem Syndikalismus zwar, aber er hilft sich mit einer Theorie hierüber hinweg: der Theorie der aktions-freudigen Minderheit. Was uns eine Schwäche ist, wird ihm mit Hilfe dieser Theorie zu einer Stärke. Er will die Massen nicht, sondern die revolutionäre Elite genügt ihm, mit deren Hilfe er die großen Massen in den Tagen der Aktion mitreißt will.

Es bedarf keiner ausführlichen Darlegung der Gründe, die den Syndikalismus für die Arbeiterklasse in modernen kapitalistischen Staaten unannehmbar machen. Wo das Unternehmertum über starke Organisationen verfügt, die selbst die Taktik der ausgedehnten Kampfesfront befolgen, wird der Syndikalismus zu einer gefährlichen Spielerei, die der Arbeiter-schaft unermesslichen Schaden, aber keinen Nutzen zu bringen vermag. Auch das Organisationsprinzip der lokalen Autonomie ist unter diesen Verhältnissen unannehmbar. Hier bedarf es starker Zentralorganisationen, die die Einsetzung der gewerkschaftlichen Kraft an den Stellen verbürgen, wo der Gegner am leichtesten zu überwinden ist. Dagegen ist in den letzten Jahren in England eine Kombination syndikalistischer Massenaktion mit zentraler Organisationsform praktiziert worden, ein Verfahren, dem in seinen Konsequenzen nachzugehen sich auch für den deutschen Gewerkschaftler lohnt. In einem zweiten Artikel werden wir diese Methode einer Besprechung unterziehen.

Ein Gegner der Abrüstung.

Ein Redakteur des „Figaro“ hat Herrn Riederlen-Waechter in Kissingen besucht und das „Berliner Tageblatt“ beeilt sich, gleichzeitig mit dem „Figaro“ die Eröffnungen, die Herr von Riederlen einer gespannten Mittelwelt zu machen hatte, in aller Ausführlichkeit wiederzugeben. Und in der Tat, auf dem Gebiet der internationalen Politik geht es recht lebhaft zu. Ueber die Stellung seiner Regierung erfährt aber das deutsche Volk so gut wie gar nichts. Der Reichstag ist vertagt und unumschränkter als je — nicht einmal durch einige bescheidene Anfragen belästigt — schaltet der Absolutismus in der auswärtigen Politik. Nun hat Herr von Riederlen-Waechter wenigstens einem französischen Redakteur gegenüber das Schweigen gebrochen. Aber das deutsche Volk hat deshalb keinen Grund zur Eifersucht. Denn auch dem Franzosen hat Herr von Riederlen nichts gesagt und aus dem ganzen unbestimmten Gerede hebt sich nur ein Satz klar und deutlich ab: Herr von Riederlen erklärte, darin Herrn von Bethmann-Hollweg völlig homogen, die Abrüstung für eine Utopie.

Das ist nun sicherlich nichts neues. Zwar hieß es vor einiger Zeit, als Marshall als Volschaffer nach London ging, es würde über ein Uebereinkommen zur Einschränkung des Wettrüstens verhandelt. Doch haben wir dieser Meinung kein Gewicht beigelegt, eben weil wir wußten, daß die deutsche Regierung freiwillig sich auf eine solche vernünftige Politik nicht einlassen wird. Seitdem hat man ja auch gehört, daß die sogenannte Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen darin bestehen soll, daß das Wettrüsten gleichsam im gegenseitigen Einverständnis erfolgen wird. Der Sinn dieses Unsinns ist, daß die Hauptursachen der Spannung bestehen bleiben, der Gegensatz ständig gesteigert wird, die Diplomatie aber diese Last in ihren Redereien möglichst ignoriert. So kommt es, daß der Rüstungsdruck immer unerträglicher, die Reden der Minister aber immer höflicher werden — bis dann eines schönen Tages die Reden ganz aufhören, dafür aber dann die harten Tattachen um so lauter sprechen werden.

Herr von Riederlen weiß aus dieser Situation keinen Ausweg. Er hält es für möglich, zu einem Uebereinkommen über die Rüstungen zu kommen. Wenn wir 300 000 Soldaten haben und Frankreich 200 000, wie könnte man sich dann auf eine bestimmte Zahl einigen, fragt Herr von Riederlen. Man kann die Frage sehr läppisch finden. Wenn England dreißig Schiffe hat und wir fünfzehn, und wir vermehren unsere Schiffe um fünf und England um zehn, so ist damit auch nicht viel geändert. Trotzdem hält Herr von Riederlen diese Politik für das letzte Wort staatsmännischer Weisheit. In Wirklichkeit ist die Frage der Einschränkung der Flottenrüstungen — und diese ist zunächst das praktische Problem — sofort zu lösen. Es brauchten nur keine neuen Schiffe gebaut zu werden. Deshalb lehnen wir Sozialdemokraten auch jede Flottenvermehrung ab. Wir wissen, daß die Flotte zum Schutz der Küste längst zu groß geworden ist. Sie ist eine Angriffs-waffe im Dienst der Kolonialpolitik. Ein Stillstand in den deutschen Flottenrüstungen würde den der englischen zur unmittelbaren Folge haben. Ebenso wenig aber ist die Frage einer Uebereinkunft der wichtigsten Staaten zur schrittweisen Herabsetzung ihrer Flottenausgaben unlösbar. Die englischen Minister, die dabei die Vestsitandspolitik des englischen Imperialismus vertreten, sind nichts weniger als Utopisten, wenn sie immer wieder ein solches Uebereinkommen anbieten. Wenn die deutsche Regierung es ablehnt, so nicht, weil es unlässlich ist, sondern weil es dem Expansionsstreben der deutschen Imperialisten widerspricht. Gerade deshalb ist aber die Politik der deutschen Regierung eine Gefahr für das deutsche Volk. Die Regierung lehnt jede Verständigung ab, sie wird damit zur stärksten Förderin des Wettrüstens und steigert so, ob sie will oder nicht, die Kriegsgefahr. Die Kriege, sagte Herr von Riederlen, sind immer das Werk der Minorität. Für einen Krieg um imperialistischer Zwecke willen würde das Urteil sicher zutreffen. Die arbeitenden Massen aber haben keine Lust, das Opfer solcher Minoritätsinteressen zu werden. Deshalb fordern sie eine Politik, die dem Wettrüsten, der steten Bedrohung des Weltfriedens ein Ende macht. Die deutsche Regierung erklärt sich für unfähig, eine solche Politik zu betreiben. Um so notwendiger ist es, daß die Volksmassen selbst dem Wettrüsten entgegentreten. Vermögen die bürgerlichen Regierungen die Kriegsgefahr nicht zu bannen, dann um so schlimmer für sie; denn die Erschütterung eines Krieges kann die bürgerliche Gesellschaft sicher nicht mehr aushalten.

Der Krieg.

Die türkische Krise.

Alle Proteste der jungtürkischen Partei gegen die Kammer-auslösung sind nutzlos. Die Regierung weiß die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel anzuwenden, um jeden Versuch einer jungtürkischen Revolte unmöglich zu machen. Zudem haben die Komiteeleute zu wenig Wurzel in den breiten Volksschichten, als daß sie eine Massenbewegung gegen den Staatsstreich der altliberalen Regierung entfesseln könnten. Es kann sich für sie nur noch um ziemlich ausichtslose Rück-zugsgefechte handeln.

Wie der Wiener „Neuen Freien Presse“ aus Konstantinopel gemeldet wird, soll die Komiteepartei beschlossen haben, sich

in Adrianopel als Parlament zu konstituieren, an Neuwahlen sich nicht zu beteiligen und die Bevölkerung zur Wahlenthaltung aufzufordern.

„Jeune Turc“ veröffentlicht ein Telegramm aus Saloniki, das dem Blatte angeblich im Namen von fünfzigtausend Personen zugegangen ist und gegen die Auflösung der Kammer protestiert. Ähnliche Depeschen sind aus Aleppo, Trapezunt und Smyrna eingetroffen.

Die Presse hebt die historische Bedeutung des gestrigen Tages hervor. Die Blätter der Liga tadeln die Haltung der Kammer und empfehlen der Bevölkerung Ruhe. „Tanin“ befürchtet die Befestigung des Parlaments.

Die Regierung hat die Bürgermeister von Smyrna, Adrianopel und anderen Städten abgesetzt und ihre gerichtliche Verfolgung angeordnet, weil sie die Bevölkerung gegen die Regierung aufreizten. Da die Regierung die gestrige Vormittagsitzung der Kammer als nichtig ansieht, veröffentlicht das Amtsblatt keinen Bericht über die Sitzung. Die Schließung der Kammer ist Ibrahim Pascha, der Führer der albanesischen Sondermission, notifiziert worden.

Inzwischen haben sich die Italiener auf dem tripolitischen Kriegsschauplatz in den Besitz der letzten großen Mittelmeerinsel, um deren Besitz schon mehrmals gekämpft wurde, gesetzt. Es ist dies Juara in der Nähe der tunesischen Grenze, die als Etappe für den Karawanenverkehr zwischen Tripolis und Amis von Bedeutung ist.

Die Einnahme von Juara.

Rom, 5. August. (Melbung der Agenzia Stefani.) Nach einem zwischen dem Kommandanten des Libyschen Operationskorps, dem Kommandanten der Division in Ferna und dem Kommandanten des Schiffsgeschwaders vorher festgelegten Plan begann heute früh eine Operation, um die Gasse von Juara anzugreifen und zu besetzen.

Rom, 6. August. (Melbung der Agenzia Stefani.) Das Bestreben des Operationskorps gegen Juara war es zunächst, den Gegner zu beschiffen und ihn zu hindern, sich zu konzentrieren. Das Kommando des Armeekorps von Tripolis bestimmte dazu einen Teil der Truppen von Sngara und von Gargarech. Die Mahanahmen gelangten. Starke Gruppen von Türken und Arabern zogen sich nach Sngara und Gargarech zusammen, traten jedoch bald den Rückweg an und ließen nur eine Linie Posten zurück. Die italienischen Truppen blieben während der Nacht in ihren Stellungen, um am Morgen die Vorwärtsgänge fortzusetzen. In den frühesten Morgenstunden des Montags erschien das Landungskorps vor Juara und begann alsbald die Landung. Zuerst gingen ein Bataillon Matrosen, sodann die unter Befehl des Generals Tassoni stehenden Truppen an Land, während die zu Lande von Sidi Ali kommende Kolonne auf Juara vorrückte.

Die Abteilung bemühte sich der Stadt und der sie umgebenden Dose. Der glückliche Erfolg ist auf das vollkommene Zusammenwirken der Marine und der Heiden in Juara zusammengetroffenen Kolonnen zurückzuführen, wie auch auf die Niederlage, die die Verteidiger von Juara kürzlich in Sidi Ali erlitten. Die Kolonne Tassoni hatte keine Verluste, die Kolonne Legato wenige Leichtverletzte. Wegen der Hitze und der Bodenbeschaffenheit war der Marsch sehr anstrengend, aber die Truppen überstanden ihn mit vorzüglicher Ausdauer.

Der türkisch-montenegrinische Konflikt.

Cetinje, 6. August. (Melbung des Wiener L. 1. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Gestern morgen haben sich die türkischen Angriffe an der montenegrinischen Grenze erneuert. Die Regierung hat deshalb General Bulatowitsch an die Grenze geschickt, um die Ordnung wiederherzustellen. Er soll noch in letzter Stunde ein Einvernehmen mit den türkischen Behörden zu erzielen suchen. Türkische Truppen haben von Belids aus Angriffe auf montenegrinisches Gebiet unternommen, wurden aber zurückgeschlagen. — Der türkische Gesandte hat gegen die Zwischenfälle an der Grenze mündlich Einspruch erhoben und später eine Note überreicht, in der binnen 24 Stunden Genugtuung verlangt wird, anderenfalls werde er Cetinje verlassen und die diplomatischen Beziehungen abbrechen.

Ein Protest Bulgariens.

Sofia, 6. August. Wie verlautet, hat die bulgarische Regierung infolge der Ausschreitungen gegen Bulgaren in Kotschana ihren Gesandten in Konstantinopel beauftragt, die sofortige Einstellung der Exzesse, sowie eine strenge Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zu verlangen.

Der Führer des Ananienaufstandes Iffa Woljetinaj.

Man schreibt uns aus Belgrad: Zweimal stand er vor Kriegsgerichten und sollte wegen Rebellion gehängt werden. Zweimal mußte er freigelassen werden, weil seine Volksgenossen drohten, sich für ihn in den Tod zu stürzen. Jetzt ist die türkische Staatsanwaltschaft vor ihm gefallen, er ist der berühmteste Mann, der wahre Herrscher von Albanien.

Ein mittlerer Grundbesitzer in dem kleinen Dorfe Woljetin, wurde Iffa Woljetinaj in alle bisherigen Anstände der Ananien verwickelt, und in allen Balkanländern wegen seines ungläublichen Heldennamens sehr bekannt. Die Feinde fürchteten ihn, die Freunde beweihten ihn an. Im Winter lebte er mit harter Wache in seinem Dorfe, wo ein türkischer Beamter nur mit seiner Erlaubnis eingehen durfte. Bewährten die Türken den Ananien die verlangten Konzessionen, mißfielen sie sich nicht in ihre Geschäfte ein, dann war alles ruhig, und Iffa Woljetinaj blieb zu Hause, von seinen Zinsbauern den Zehnten zu sammeln. War es irgendwo mit den türkischen Behörden zu Konflikten gekommen, so war Iffa Woljetinaj immer der Erste, der ins Gebirge ging, seine Schützen sammelte und allen Stürmen der türkischen Soldaten trotzte. So machte er es, wie wir berichtet haben, auch in diesem Frühjahr, und seine Flucht in die Berge war der Anfang des jetzigen Aufstandes.

Nun ist nicht zu leugnen, daß die stärkste Intelligenz in dem Lager der Aufständischen beim früheren Abgeordneten Gassan-Bei zu finden ist. Aber er wie alle in Prischina versammelten Offiziere und Führer kommen vor der großen Autorität Iffa Woljetinaj nicht zur Geltung. Deshalb mußte die Regierungskommission eine ganze Woche auf ihn warten; die anderen wollten ohne ihn keinen Beschluß fassen. Und er zog am 30. Juli wie ein wahrer Herrscher in Prischina ein.

Schon in Kodibazar, Hauptstadt des Sandschal Kodibazar, den er zuerst eroberte, befehligte er allen Scharshabanden, ihn als Befehlshaber zu betrachten. Seiner Anordnung, ihn und seinen Leuten in der Garnisonstadt Mitrowiza Unterkunft vorzubereiten, widersetzte sich ganz energisch der dortige Truppenkommandant, der energischste jungtürkische Mann in dieser Gegend. Aber die Soldaten und die Offiziere wollten ihrem Kommandanten nicht gehorchen, er mußte kapitulieren, und Woljetinaj bemächtigte sich Prischinas und seiner Waffenniederlagen, umjault von den Soldaten und der Bevölkerung.

Eine besondere Deputation der muslimanischen Beys kam ihm vor Prischina entgegen, und die ganze Bevölkerung war auf den Beinen. In einem Wagen, das Gewehr über den Rücken, fuhr er

durch die Menge hindurch, begrüßt mit einem Enthusiasmus, der den beim Besuche des Sultans erleben weit übertraf.

Was diesen Menschen besonders hervorhebt, das ist nicht nur sein Heldennut, sondern das große Organisations-talent, das er bisher bezeugt hat. Er ist der einzige Führer, der sich die Mühe gibt, nicht nur die Ananien, sondern auch die anderen Nationen, die ganze Bevölkerung Albaniens in die Bewegung einzubeziehen. Unter seinen Mannschaften gibt es viele Serben. Sein Kommandant der Munitionskolonnen ist ein Serbe. Allen in seinem Tätigkeitsgebiet wohnenden Familienhäuptern, ohne Unterschied der Nation oder der Religion, hat er mitgeteilt, daß sie ihm sowohl als Krieger zur Verfügung zu stellen hätten. Den anderen, die keine jungen Leute hatten, befehligte er, eine besondere Steuer zu zahlen. Besondere Kommissäre rekrutierten für seine Truppen Nahrungsmittel und machen für sie Quartier. Nirgends hat die Bevölkerung ihm Widerstand geleistet. Diese Opferwilligkeit ist tatsächlich bewundernswert.

Sobald Woljetinaj in Prischina mit anderen Führern Fühlung genommen hatte, wurde beschlossen, der Regierungskommission mitzuteilen, daß nur nach der Auflösung des Parlaments die Unterhandlungen aufgenommen werden könnten. Darin sind alle Führer einig. Was nachher verlangt werden soll, darüber sind sie noch nicht einig, und darüber kann zurzeit nichts berichtet werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. August 1912.

Reichstagswahlwahl in Pfarrkirchen.

Wie aus Pfarrkirchen gemeldet wird, hat bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreise Niederbayern 4 (Pfarrkirchen) nach amtlicher Fählung der Landwirt Bauer (Bayerischer Bauernbund) 8650, der Landwirt und Bürgermeister Gerauer (Zentrum) 5798 Stimmen erhalten. Zwölf Stimmen waren zerstückelt. Bauer ist somit gewählt. Die bayerischen Bauernbändler haben also ihren Sitz behauptet. Die Liberalen hatten von vornherein Wahlparole für Bauer ausgegeben, während die sozialdemokratische Parteileitung Wahlenthaltung empfohlen hatte.

Konkurrenzzuid.

In ihrem Bestreben, die Arbeiter durch allerlei schöne Redungen einzufangen und in „liberalen“ Arbeitervereinen zu organisieren, sind die Freisinnigen und die Nationalliberalen einander ins Gehege geraten, da jede der beiden Parteien die sogenannte „liberale Arbeiterbewegung“ gern für ihre besonderen Parteizwecke ausnützen möchte. Die „Adn. Ztg.“ berichtet darüber vom national-liberalen Standpunkt:

Am 10. und 11. August soll in Leipzig die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter abgehalten werden. Die Anregung war vom „Freisinnigen Arbeiter-Verein Leipzig“ ausgegangen, einer auf radikalem Boden stehenden Organisation. Ein besonderes Komitee hatte die Einladung an alle „männlichen und weiblichen“ Arbeiter und Angestellten“ ergehen lassen, die sich als Mitglieder oder Anhänger einer liberalen Partei ausweisen könnten oder als solche bekannt seien. In einem Artikel hatte die „Nationalliberale Korrespondenz“ für die Rheinprovinz“ vom 22. Juli unter Bekanntgabe der Tagesordnung eine recht zahlreiche Beschildung der Konferenz empfohlen. Dieser Hinweis war nicht ungehört geblieben, denn verschiedene landwirtschaftliche Organisationen hatten sich bereit erklärt, nationalliberale Arbeitervertreter zu entsenden. Auf Grund einer Anfrage über eine etwas mißverständliche Forderung in den „geschäftlichen Mitteilungen“ der Kommission für die Reichskonferenz hatte die Geschäftsstelle der Nationalliberalen Partei in Köln von zuständiger Stelle in Leipzig die interessanten Antwort erhalten, daß die Einberufer der Konferenz beabsichtigten, „entgegengesetzt einigen Blättermeldungen, derselben die Bildung einer liberalen Arbeiterbewegung im Anschluß an die fortschrittliche Volkspartei“ vorzuschlagen. Eine weitere Anfrage bei dem Hauptreferenten der Leipziger Tagung brachte die Bestätigung dieser auffallenden Erklärung mit der ausdrücklichen Begründung, daß für eine gemeinsame Organisation zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen zurzeit die öffentliche Meinung in Norddeutschland noch nicht reif sei. Weiter heißt es in diesem letzten Schreiben, daß zu der Konferenz natürlich jeder Einzelne Zutritt habe, daß es aber unter den angegebenen Umständen fraglich sei, ob es vom Standpunkte der Nationalliberalen aus zweckmäßig sei, in Leipzig zu erscheinen. Das ist recht deutlich, obwohl es dem Wortlaut des Einladungs-schreibens nicht entspricht. Es dürfte sich darum empfehlen, die von nationalliberalen Seite bereits erfolgten Anmeldungen wieder zurück-zuziehen und die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten unter sich zu lassen, da unsere Anwesenheit offenbar recht unangenehm empfunden werden würde. Die Frage der liberalen Arbeiterbewegung ist damit aber entschieden in ein neues Stadium gerückt worden. Die nationalliberale Partei wird ihrerseits nunmehr ebenfalls selbständig vorgehen müssen. Hoffentlich wird der Geschäftsleitende Ausschuss in Berlin sobald als möglich dieser Angelegenheit seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden, um dem Zentralvorstand in dessen nächster Sitzung bestimmte Vorschläge unterbreiten zu können.

Kongoaufschul!

Daß Neulamerun ein für Weiße geradezu fürchterliches Land ist, sind bekannte Dinge, die durch die Darstellung des Reichskolonialamtes nur ihre hundertste Bestätigung erfahren haben. Viel wichtiger ist die Frage, was Neulamerun wirtschaftlich wert ist. Am allerwichtigsten ist aber, daß jetzt amtlich näheres über die Bedeutung der Konzessionsgesellschaften mitgeteilt wird. Die Denkschrift des Reichskolonialamtes vom 8. November 1911 hatte im besonderen die Konzessionsgesellschaften respektive ihre Bedeutung geradezu schändlich leichtfertig behandelt, schrieb sie doch kurz und höflich: Für uns kommen in der Hauptsache nur zwei Konzessionsgesellschaften in Frage. Das damals schon festgestellt werden konnte, bestätigt heute das selbe Kolonialamt, das doch am ehesten darüber unterrichtet gewesen sein sollte, in Neulamerun sitzen acht Konzessionsgesellschaften. Diese Aktienunternehmen erhielten ihre Territorien von der französischen Regierung, und zwar immer nur bis zu einem gewissen Höchstumfang an Land. Diese Einschränkung ist aber illusorisch gewesen, weil sich die Gesellschaften nach ihrer Gründung fast regelmäßig vergrößerten haben. Besteht doch die Compagnie Forestière Sangha Nyangahul zum Beispiel aus elf früher selbständigen Aktien-gesellschaften.

Dies Territorium, das eine Kolonialgesellschaft in Besitz nahm, hat nie die französische Regierung bestimmt, die Zeitung des Aktienunternehmens wählte sich seine Ausbeutungsfreuden ohne jede Dreinrede der Behörden völlig selbständig. Das Ausbeutungsrecht wurde immer auf mindestens zehn Jahre erteilt, meist gehen die Besitzrechte der in deutschen Neulamerun arbeitenden Konzessionsgesellschaften bis 1920. Nach Ablauf dieser Frist ist dauerndes Eigentum der Aktienunternehmen all das Land, welches von ihnen kultiviert, besetzt und methodisch ausgebeutet wird. Das andere fällt an die Regierung zurück. Das sind alles Dinge, die dem deutschen Kolonialen „Gewerbegeist“ starke Einschränkungen auferlegten. Der erste Kraft gegenüber solchen Gedanken ist immer der, daß man ja einmal die Gesellschaften in der Hand hat. Aber auch das stimmt

nicht, ist doch die Mehrzahl der Konzessionsunternehmen nur zum Teil auf deutschem Gebiete tätig, ihr Besitz erstreckt sich zumeist auch weit ins französisch gebildene Kongogebiet hinein.

Stellen wir einmal unter diesem Gesichtspunkt und auch unter dem, was denn eigentlich heute von Neulamerun im Besitze der französischen Konzessionsgesellschaften ist, genauer zusammen, welchen Umfang die acht Konzessionsgesellschaften im neuen deutschen Kolonialerwerb haben. Wir benutzen dabei selbstverständlich die amtlichen Ziffern des Reichskolonialamtes.

Es umfassen:

A. Auf nur deutschem Gebiete:	Konzessionsgebiet
Comp. Commerciale de Col. du Congo frang.	12 400 Quad.-Kilomtr.
Comp. de Commerciale et Coloniale de la	
Mambéré Sangha	5 600
Société de la Sangha équatoriale	5 490
B. Auf deutschem und französischem Gebiete arbeiten	
Konzessionsgebiet davon deutsch	
Comp. de la Ngoko Sangha	60 500 Nil. 45 000 Nil.
Comp. français du Haut-Congo	88 000 „ 8 000 „
Comp. française de l'Ourahm	20 000 „ 12 000 „
Société Commerciale Ind. et Agri-	
cole du Haut-Congo	88 000 „ 10 000 „
Comp. Forestière Sangha	177 100 „ 90 000 „
B. zus.	381 600 Nil. 160 000 Nil.
dazu Konzessionsgebiet unter A	23 490 Nil.
	183 490 Nil.

Die deutsche Neuerverbung umfaßt überhaupt rund 270 000 Quadratkilometer. Davon sind also 183 490 Quadratkilometer in den Händen acht französischer Konzessionsgesellschaften, und zwar immer bis mindestens 1920. Wir haben also ein neues Land bekommen, von dem rund 70 Prozent gar nicht einmal unser wirtschaftliches Eigentum werden können, man mühte denn die Aktiengesellschaften aufzukaufen wollen. Was sich bekanntlich trotz des Wunsches sehr prominenter Leute bis jetzt immer wieder zerschlagen hat. Die deutschen Geldmänner wissen wohl warum!

Und das Fazit? Neulamerun ist zumeist ungesund in fürchterlichem Ausmaße. Die Eingeborenen leiden unter schrecklichen Krankheiten, im besonderen auch unter der Schlafkrankheit. Die Konzessionsgesellschaften besitzen 70 Proz. des ganzen Gebietes und sicher nicht die schlechtesten Teile. Die Mehrzahl der Gesellschaften treibt Kautschuk- und Han. Und das sagt uns alles sogar das Reichskolonialamt selbst, allerdings in dunklen und gewundenen Feststellungen, die erst mühsam zu einem klaren Bilde zusammengefügt werden müssen! Es ist doch etwas Herrliches um die deutsche Kolonialpolitik!

Kopfrechnen schwach!

Ein höchst kurioser Kauz ist Herr Dr. Hugo Wötter, nationalliberaler Vertreter des Reichstagswahlkreises Duisburg-Wülheim a/Ruhr. Er hat eine große Entredung gemacht. Denn während sich die übrigen Sozialisten noch den Kopf zerbrechen, wie am rationellsten, raschesten und radikalsten die Sozialdemokratie ausgerottet werden könnte, hat Herr Hugo Wötter die Sozialdemokratie bereits ausgerottet. Denn, so behauptet er, die Sozialdemokratie hat unter dem Protektorate gar nicht den Anhang, wie man gemeinhin annimmt. Und wenn man der Sozialdemokratie nur mit Umsicht und Listkraft entgegentritt, so wird man ihrer bald Herr. Als Beweis dafür gibt Herr Wötter folgende Zahlen von 1912:

	Rath.	Zentr.	Soz.
Essen	23 987	42 892	40 808
Duisburg-Wülheim	33 984	81 550	84 187
Saarbrücken	25 108	24 228	4 157
Wagum	42 267	87 650	64 838

Nun, auch diese Zahlen gewinnen denn doch ein wesentlich anderes Gesicht, wenn man sie mit den Ergebnissen früherer Wahlen vergleicht. Etwa, um zwanzig Jahre zurückzugehen, mit den Wahlziffern von 1898. Damals erhielten Stimmen in

	Rath.	Zentr.	Soz.
Essen	19 484	19 446	5 868
Duisburg-Wülheim	14 251	14 809	6 121
Saarbrücken	16 897	5 828	1 477
Wagum	25 447	20 351	19 585
Zusammen 1898:	76 079	59 932	33 051
Dagegen 1912:	127 235	186 269	143 680

Die sozialdemokratischen Stimmen haben sich also seitdem mehr als verdreifacht, während die Stimmen vom Zentrum und Nationalliberalen sich noch nicht einmal verdoppelt haben. Obendrein handelt es sich hier doch um vier ganz exzeptionelle Wahlkreise mit einer so zusammengewürfelten Wählerschaft, wie sie eben nur in Rheinland und Westfalen anzutreffen ist. Und trotzdem geht es auch hier vorwärts!

Wollens föhlich aber wird der Herr Doktor, wenn er schreibt: „Man kann für ganz Deutschland sagen, daß höchstens 10 Proz. der Arbeiterschaft Sozialdemokraten sind. Der Rest der 4 1/2 Millionen Stimmen wird von Pittäufnern aus dem Mittelstande, aus der Privatbeamtenschaft und aus den Weanten gebildet. Es ist also wirklich Veranlassung gegeben, von der Ueberhöhung der Macht der Sozialdemokratie abzulassen und dafür den viel beruhigenden Willen zur Macht zu ihrer Bekämpfung anzuwenden. So energisch zugegriffen und organisiert wird, wo den Abwehrorganisationen der Nationalen und Weanten ein besseres Verständnis und mehr Sympathie entgegengebracht wird, da ist die Sozialdemokratie zu werfen, und da wird dies Befugnis aller Inklaren und Unzufriedenen seine hypnotische Kugelnkraft verlieren.“

Jedes Wort der Kritik würde die Schönheit dieses Ergrusses nur abschwächen! Herr Wötter mag also fortfahren, die Sozialdemokratie durch die unsinnigsten Zahlenpielereien und Behauptungen zu vernichten. Gegner, die mit solch niederschmetternder Logik ausgestattet sind, können uns nur willkommen sein!

Ganz wie in Rußland.

Ein polizeilicher Wälharrat, der durch die Hinzuziehung von Soldaten mit scharf geladenen Gewehren sehr stark an das russische Kautentregiment erinnert, spielte sich am Sonntag nachmittag gelegentlich einer in Jersba bei Glogow geplanten öffentlichen Volksversammlung unter freiem Himmel ab. Der Einberufer der Versammlung hatte aus Versehen die Versammlung nur angemeldet und nicht, wie es im Reichsvereinsgesetz vorgeschrieben ist, um die Genehmigung der Versammlung nachgeholt. Diesen offensibaren Fehler benutzte die Polizeigewalt des Ortes, um einen vernichtenden Schlag gegen die dort noch junge Bewegung zu führen. Nicht nur der Amtsvorsteher war dazu persönlich erschienen, sondern er hatte sich außerdem der Hilfe zweier Gendarmen und der von zwei Soldaten mit scharf geladenen Gewehren aus den nahen Schießständen verstärkt, um den preußischen Staat vor dem drohenden Unsturz durch eine nichtgenehmigte Versammlung unter freiem Himmel zu beschirmen. Kaum hatte denn auch der Einberufer die Versammlung eröffnet, als ihm auch schon einer der Gendarmen ins Wort fiel und die Versammlung auflöste, weil sie nur angemeldet, aber nicht genehmigt sei. Mit

Besonderem Nachdruck wurde die sofortige Entfernung der Versammlungsbefugnisse verlangt. Und nun geschah selbst etwas für preussische Verhältnisse Unerhörtes. Trotzdem alle Versammlungsbefugnisse ohne Ausnahme der Wahrung des anwesenden Parteisekretärs, Genossen Schölich-Weidau, folgten und sich schnell und ruhig entfernten, wurden doch über 20 Personen von der Polizei zurückgehalten und ihre Personalien festgehalten.

Mit diesem Polizeistückchen hatte es aber noch kein Ende. Als später eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins in der Wohnung eines Genossen abgehalten werden sollte, drangen nicht nur die Gendarmen in die Wohnung ein und lösten die Mitgliederversammlung auf, sondern stellten überdies auch noch die Namen der im Hofe des Grundstücks auf ihre Männer wartenden Frauen fest.

Nordmark und Sakatismus.

Aus welcher unglaublichen Anlässen und mit welcher Kleinlichkeit, aber um so aufreizenderen Mitteln man in der „Nordmark“ Germanisierungspolitik betreibt, zeigt folgender Fall:

Ein Landmann Namens Nissen aus dem dänischen Orte Hornlund, unmittelbar nördlich der Grenze, hatte vor einigen Jahren einen Ausweisungsbefehl erhalten, weil er in dem dänischen Versammlungshaus des nordschleswighischen Ortes Spandau, wo den Turnern gerade ein Abteilungsleiter fehlte, einem jungen Manne bei der Leitung behilflich gewesen war. Später war er um die Erlaubnis gekommen, den Torf von seinem diesseits der Grenze gelegenen Torfmoore nach Hause fahren zu dürfen; die Erlaubnis war ihm versagt worden. Er war nun öfter ohne Erlaubnis auf seinem Torfmoore gewesen; als er aber vor einigen Tagen wieder kam, war der Gendarm erschienen, der ihn zum Amtsvorsteher führte. Er wurde einem Verhör unterzogen und dann dem Amtsgerichtsgefängnis in Tostlund zugeführt, von wo er, der letzten Nacht der „Ribe Stiftstidende“ zufolge, noch nicht zurückgekehrt ist.

Das schöne Avancement.

Generalmajor z. D. v. Dittfurth jammert in der Scherzpresse darüber, daß zum 1. Oktober nur eine kleine Anzahl der vom Reichstag bewilligten Pionierregimenten aufgestellt wird. Er schließt seinen Artikel mit den Sätzen:

„Aber so bedauerlich es auch sein mag, für dieses Jahr müssen 105 Infanterieregimenter noch auf die erledigte Verstärkung durch eine Maschinengewehrkompanie, müssen infolgedessen ebensoviele Oberleutnants auf ihre Beförderung zum Hauptmann, und in jedem dieser drei Regimenter drei Leutnants auf ihre Beförderung zum Hauptmann und die Hauptmann Major werden müssen; aber nach solchen „vaterländischen“ Gesichtspunkten können nun mal keine militärischen Forderungen beurteilt werden.“

Würde es sich haben ermöglichen lassen, die Oberleutnants auf andere Weise zu Hauptleuten zu befördern und den Leutnants Nationen und Pferdreguliere zu beschaffen, dann wäre also der Schmerz des Generals nur halb so groß. Verbesserung des Avancements ist demnach die Hauptsache. Begreiflich ist es ja vom Interessenstandpunkt der Herren Offiziere, daß so mancher von ihnen gern avancieren, der Generalmajor z. B. gerne Generalleutnant und der Hauptmann Major werden möchte; aber nach solchen „vaterländischen“ Gesichtspunkten können nun mal keine militärischen Forderungen beurteilt werden.

Opfer der Militärpraxis.

Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz wurde im Wiedereröffnungsverfahren gegen den Führer J., früher Musikant im 58. Infanterieregiment, verhandelt. Er war vom Kriegsgericht wegen angeblicher Simulation zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er durch Vortäuschung einer Krankheit versucht haben soll, sich der Dienstpflicht zu entziehen. Das Oberkriegsgericht hatte in der Berufung die Strafe noch um weitere zwei Monate erhöht. Das Wiedereröffnungsverfahren ist vom Reichsmilitärgericht auf Grund eines Gutachtens des wissenschaftlichen Senats der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin angeordnet worden. J. war im Frühjahr 1900 wegen einer Sehnerkrankung in Behandlung gewesen; als er gesund geschrieben wurde, verlagte er bei einer Reihe von Übungen unter Verursachung auf sein Weiden den Dienst. Man zwang ihn aber zu marschieren, Klimmzüge zu machen, stolle Wände hinaufzusetzen und hinunterzufpringen, auch wenn J. erklärte, nicht mehr weiter zu können und über Schmerzen klagte, sogar, wenn er, statt zu springen, von der Wand herunterfiel. Die Verlesung der schriftlichen Aussage des zurzeit verhandlungsunfähigen J. entrollte ein erschütterndes Bild der Weiden, denen der Unglückliche auf Grund des Gutachtens militärärztlicher „Sachverständiger“ ausgesetzt gewesen war. Der Oberstabsarzt schrieb ihn immer wieder gesund, was für einzelne Vorgesetzte der Ansicht war, den Kranken mit der größten Rücksichtslosigkeit zu behandeln. Nicht weniger als acht Disziplinarstrafen erlitt der Gekerkerte wegen seiner angeblichen Simulation. Schließlich erhielt er, wie mitgeteilt, sechs Monate Gefängnis. Schon während der Vollstreckung der Gefängnisstrafe wurden krankhafte Erscheinungen körperlicher und geistiger Art festgestellt, und ernante Untersuchungen führten schließlich zum Wiedereröffnungsverfahren.

Das Oberkriegsgericht kam jetzt zur Freisprechung, weil nach dem Gutachten des wissenschaftlichen Senats J. tatsächlich in all den Fällen, wo man ihn als Simulanten peinigte und bestrafte, krank gewesen ist. Es handelt sich um transitorische nervöse Erscheinungen, die Schmerzen in den verschiedensten Muskeln hervorzurufen, um eine besonders schwere Form der Neurose. Der wissenschaftliche Senat führt die Erkrankung auf Überanstrengung im Dienst zurück. Im Anschluß an die Schmernscheidenentzündung hätten die fortgesetzten Überanstrengungen unter dem militärischen Zwang die schwere Erkrankung verursacht. Auch geistige Veränderungen seien mit J. vorgegangen. Er sei ein weinerlicher, haltloser Mensch geworden. Diese Hysterie sei früher nicht vorhanden gewesen. Mit klaren Worten spricht es der wissenschaftliche Senat aus, daß die Behandlung, die man dem körperlich kranken Menschen zuteil werden ließ, auch keine geistige Erkrankung verursachte hat. Die beständigen Aufregungen hätten schließlich die Hysterie zur Entwicklung gebracht.

Nach dem Urteil des Kriegsgerichts wird die Staatskasse verpflichtet, den J. wegen unschuldig erlittener Haft zu entschädigen. Der Vermögensschaden ist aber tatsächlich bei J. nur gering. Daß er für sein ganzes Leben ein kranker, unbrauchbarer und unglücklicher Mensch geworden ist, dank dem menschenverachtenden Militarismus, kann und wird ihm keine Staatskasse ersetzen.

Nach ein ähnlicher Fall beschäftigte am gleichen Tage dasselbe Oberkriegsgericht: Ein Mann vom 7. Regiment war nach beendeter dreijähriger Dienstzeit desertiert, weil er nicht für erlittene Strafen nachbieten wollte. Das Kriegsgericht verurteilte ihn, auch wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle, zu 14 Monaten Gefängnis usw. In der Einzelhaft wurde er von einem Tobsuchtsanfall getroffen, der eine Geisteskrankheit zur Folge hatte. Er erhängte

sich, wurde aber noch rechtzeitig abgehängt. Der Sachverständige erklärte: Der bei Begehung der Tat völlig unzurechnungsfähige Mann sei durch die fünf Monate dauernde Einzelhaft damals irrsinnig geworden. Das Oberkriegsgericht verurteilte den Mann zu fünf Monaten Gefängnis, die durch die Unternehmungshaft für verbüßt erklärt wurden.

Soldatenmißhandlungen.

Der Sergeant Uchrowski vom Dragonerregiment Nr. 7 in Saarbrücken nahm einen Soldaten, weil er laut gewesen war, mit auf den Flur und ließ ihn dort eine Stunde lang mit gefalteten Händen auf- und niederknien, und als dem Geußler endlich die Kräfte versagten, da zwang er ihn durch Schläge mit der Reitpeitsche, den notwendigen Befehl weiter zu befolgen. Das Kriegsgericht verurteilte den Herrn Vorgesetzten zu sieben Wochen Gefängnis.

Vor dem gleichen Kriegsgericht stand ein im dritten Jahre dienender Kanonier von dem Feldartillerieregiment Nr. 8, weil er einen Rekruten mit einer Peitsche derart über den Kopf geschlagen hatte, daß die Sehraft eines Auges infolge Verletzung dauernd herabgemindert worden ist. Zu seiner Entschuldigung sagte der „alte Mann“, es sei in der Batterie Sitte, die Rekruten durch Schläge zu erziehen. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Monaten und 14 Tagen Gefängnis.

Schweiz.

Ein entlarvter Spion.

Genf, 4. August. (Fig. Ver.) Von der Genfer Polizei wurde der russische agent provocateur Großoff, der sich hier Parafloß nannte, verhaftet und ausgewiesen. Der Polizeikommissar suchte in die russischen Organisationen einzudringen und sammelte Geld zur Vorbereitung von „Expropriationen“ und Attentaten. Die Verhaftung geschah am hellen Tage auf öffentlichem Platz. Wie unser Genfer Parteiblatt, der „Peuple“, berichtet, hatte Großoff im Jahre 1900 bei einem Komplott gegen den bulgarischen Herrscher bereits die Rolle des agent provocateur gespielt. Großoff wurde verhaftet und verurteilt. Dann legte sich die russische Gesandtschaft in Sofia ins Mittel und bewirkte, daß der Spion, der Agent der Džurana ist, schon kurze Zeit nach seinem Straftritt nach Odessa transportiert wurde, wo er sich angeblich wegen eines in Konstantinopel begangenen Diebstahls verantworten sollte. Zum Schein ist dann Großoff in Odessa gefangen gehalten worden, nach vierzehn Tagen war er aber bereits wieder in Freiheit. Im Oktober 1900 kam das Subjekt neuerdings nach Bulgarien und beging verschiedene Verbrechen. Die russische Gesandtschaft fand es angezeigt, ihren hiesigen Schilling öffentlich abzuschütteln, in Genf aber „arbeitete“ Großoff wieder als Polizeiaгент. Der „Peuple“ verspricht, in den nächsten Tagen noch ausführlichere Daten beizubringen.

Italien.

Der Papst gegen die Indianermißhandlungen.

Rom, 5. August. L'Espresso Romano veröffentlicht eine an die Bischöfe von Südamerika gerichtete Enghikla „Lacrimabili statu“, die sich mit der Lage der Indianer in Südamerika beschäftigt. Der Papst hebt die Maßnahmen rühmend hervor, die bereits zur Verbesserung der Lage der Indianer getroffen seien, insbesondere die Abschaffung der wirklichen Sklaverei in Brasilien und anderen Ländern, betont indessen, daß noch viel zu tun übrig bleibt angesichts der Gewalttätigkeiten und Missetaten, denen die Indianer noch immer ausgesetzt seien. Er bitte Gott, ihm Mittel und Wege zu weisen, um diesen schweren Missetaten abzuhelfen, und er sei glücklich über das Vorgehen der südamerikanischen Regierungen zugunsten der Indianer, obgleich in jenen ausgedehnten Gebieten die Bemühungen der Behörden nicht selten wirkungslos blieben. Der Papst ermahnt die Bischöfe insbesondere Missionsstationen zu schaffen, und erklärt es für ein ungeheuerliches Verbrechen, die Indianer zu Sklaven zu machen oder sie ihrer Freiheit zu berauben.

England.

Kein Ministerwechsel.

London, 6. August. Das Kolonialamt demotiviert amtlich die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt Lord Gladstones, des Generalgouverneurs von Südafrika. Lord Gladstone wird im Herbst auf seinen Posten zurückkehren.

Marokko.

Kritische Lage in Mazagan.

Tanger, 5. August. Nach Nachrichten aus Mazagan ist es in der Stadt und in deren Umgegend zu Unruhen gekommen, die durch den Raub Triahi verursacht worden sind, dessen feindselige Gesinnung bekannt war. Triahi hatte sich geweiht, mit dem Obersten Mangin in die Stadt zu kommen, um die Sicherstellung der Ruhe in der Gegend zu besprechen. Für die Europäer soll keine Gefahr bestehen. Der Kreuzer „Friant“ in nach Mazagan abgegangen; er wird in Rabat Befehl erhalten.

Amerika.

Der Roosevelt-Parteitag.

Chicago, 5. August. Der Nationalkonvent der von Roosevelt organisierten fortschrittlichen Partei begann heute mittag im Colosseum. Es herrschte große Begeisterung. 232 Anhängerinnen des Frauenstimmrechts und eine Anzahl weiblicher Delegaten zogen nach der Konventhalle und wohnten dem Konvent bei. Regierungsdelegaten verjagten Roosevelt zu besuchen, wurden jedoch von Weibern daran verhindert. Die Polizei verbot eine Schlägerei zwischen beiden Seiten.

Intervention in Nicaragua.

Washington, 5. August. Mit Rücksicht auf die Unruhen in Nicaragua wurden hundert Seesoldaten von dem amerikanischen Kanonenboot „Annapolis“ in Corinto gelandet und in Managua einquartiert, um die amerikanischen Bahnen, den Dampfschiffverkehr und das Eigentum der Amerikaner zu schützen. Die Landung geschah auf Wunsch der Regierung in Nicaragua.

Aus Industrie und Handel.

Ein schutzzöllnerisches Experiment.

Aus London wird uns geschrieben: Die englischen Schutzzöllner hat ein harter Schlag getroffen. Die englische Regierung hat sich entschlossen, aus dem internationalen Zunderverband auszutreten und am ersten September den Vertrag zu kündigen. Vom englischen Standpunkt aus bedeutet dies eine direkte und scharfe Abgabe von der Tarifreformer, die durch die Brüsseler Konvention nach der Ansicht der Tarifreformer so glänzend gerechtfertigt worden ist. Denn hat die Konvention nicht die westindische Rohrzuckerindustrie gerettet? Oder, um sich richtig auszudrücken, hat sie nicht eine Handvoll westindischer Plantagenbesitzer um Millionen be-

reichert? „Das britische Volk“, sagte vor einigen Jahren ein Bewunderer Joseph Chamberlains, der für das Zustandekommen der Konvention im Jahre 1902 in erster Linie verantwortlich war, „klingt jetzt an, den Wert der Kolonien recht zu würdigen. Und dafür haben wir Herrn Chamberlain zu danken. Er war es, der den Zuckerprijs von 6 Pfund auf 10 Pfund die Tonne gebracht hat.“ Das war nicht etwa Carlomagno, sondern blutiger Ernst. Und nun soll dieses hoffnungsvolle Experiment der Tarifreformer in die Brüche gehen.

Die Zuckerkonvention kam im Jahre 1902 hauptsächlich durch den Druck, den die damalige konservative englische Regierung, der Joseph Chamberlain noch angehörte, auf die Zuder produzierenden europäischen Staaten ausübte, zustande. Ihr Zweck war, die Zuckerprijs abzuschnitten und dadurch gesündere Zustände auf dem Zuckermarkt zu schaffen. Auf englischer Seite war das treibende Motiv, den bedrängten Rohrzuckerfabrikanten des Indiens zu Hilfe zu kommen. Chamberlain, der mit seinen schutzzöllnerischen Lehren noch nicht in die Öffentlichkeit getreten war, hoffte durch dieses Experiment für seine Ideen Propaganda zu machen. Die Liberalen bekämpften die Konvention energisch als einen Verstoß gegen die Grundsätze des Freihandels und drohten, den Vertrag bei der ersten sich ihnen bietenden Gelegenheit zu kündigen. Als sich ihnen diese Gelegenheit jedoch im Jahre 1907 bot, taten sie nichts dergleichen, angeblich aus politischen Gründen. Bei der Erneuerung der Konvention im Jahre 1907 setzte es die liberale englische Regierung jedoch durch, daß künftig 200 000 Tonnen Zuder jährlich aus Rußland, das mit dem Prämiensystem noch nicht gebrochen und dessen Zuder deshalb von den Mächten der vertragschließenden Mächte ausgeschlossen ist, nach Westen ausgeführt werden können. Bei der jetzigen Erneuerung erhöhte die englische Regierung ihre Forderung; sie verlangte die Ausfuhr von 600 000 Tonnen russischen Zuckers freigegeben, drückte ihre Forderung jedoch nicht durch. Daher die Kündigung des Vertrages.

Der Entschluß der Regierung wird von dem englischen Volke mit Freuden begrüßt. Vor dem Abschluß der Konvention, als ihm alle Märkte offen standen, konnte England seinen Zuder äußerst billig kaufen. Man zahlte im Durchschnitt für das englische Pfund (450 Gramm) 1 1/2 Pence (12 1/2 Pf.); jetzt kostet derselbe Zuder durchschnittlich 8 Pence (25 Pf.). Dabei ist der Zuderverbrauch in England seit dem Abschluß der Konvention um 8 Proz. zurückgegangen, während er auf dem europäischen Festlande um 64 Proz. gestiegen ist. Dieser Preisrückgang hat dem englischen Volke jährlich nicht weniger als 8 Millionen Pfund (100 Millionen Mark) gelöstet. Auch hat die Konvention keineswegs gehalten, was sich Chamberlain davon versprochen. Sie hat nicht vermocht, der westindischen Rohrzuckerindustrie einen Aufschwung zu geben; die Produktion der westindischen Rohrzuckerindustrie ist vielmehr seit 1903 um 7,6 Proz. zurückgegangen. Sie hat die Preise nicht stabilisiert und hat auch nicht vermocht, eine große Preiserhöhung zu verhindern. Das einzige greifbare Resultat in bezug auf England ist eine Bereicherung der paar westindischen Plantagenbesitzer, die im letzten Jahre allein zwischen eine und zwei Millionen Pfund Sterling Uberschuß einbrachten. Und als Gegenstück zu dieser Bereicherung hat man die große Erhöhung der Zuckerprijs in England.

Krupp und die Arbeiterklasse.

Unter diesem Titel gibt unser Parteiblatt in Essen eine Broschüre von 40 Druckseiten heraus, die eine Zusammenfassung und Ergänzung mehrerer in der Essener Arbeiterzeitung veröffentlichter Leitartikel enthält. Die Schrift gerichtet an der Hand einwandfreien Materials die Legende von den vorbildlichen Arbeiterverhältnissen und Wohlfahrtsanstalten bei Krupp. Die für die Agitation wertvolle Broschüre kostet 20 Pf. und ist von der Parteibuchhandlung zu beziehen.

Aus der Frauenbewegung.

Weibliches Dienstjahr.

Seitdem Frau Gnaud-Rühne auf dem letzten deutschen Frauentag ihren Vortrag über das weibliche Dienstjahr gehalten, kommt die Debatte über dieses Thema in bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften nicht zur Ruhe. Bekanntlich sollte sich nach Frau Gnaud-Rühne dieses weibliche Dienstjahr, das sie als anerkannte Forderung (1911) der Frauenbewegung anspricht, als organischer Ausbau des in den Schulen erteilten Haushaltungsunterrichtes fortsetzen. Das Jahr sollte in Gemeinschaftshäusern, die sich selbst besorgen (Kafetern) und die an Anstalten angegliedert sind, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, auf Kosten des Staates verbracht werden. Der Gedanke der Frau Gnaud-Rühne treibt schon die üppigsten Blüten. In den meisten Blättern, so in dem „Arbeiterfreund“ von Viktor Böhmert-Dresden, hat er sich schon zur zweijährigen Dienstzeit für die Töchter des Volks umgesehen, wohingegen für die Töchter der höheren Stände, analog dem einjährigen Dienst der Männer, ein Dienstjahr verlangt wird. Vertrauenspersonen (weibliche Unteroffiziere!) sollen dauernd die Kontrolle über die Töchter des Volkes führen, sie drillen! Die Dienstjahre sollen zwischen dem 14. und 16. Lebensjahre abgeleistet werden. Die Mädchen vom Lande sollen in die Stadt, die Mädchen aus der Stadt auf das Land verschickt werden. Die Mädchen der höheren Stände können ihr Jahr an einer staatlichen Anstalt absolvieren und können nachden, wenn sie nicht in den Ehestand treten, die weiblichen Offiziersposten ausfüllen. Bekanntlich sind die bürgerlichen Frauen auf dieses verrückte Dienstjahr verfallen, weil ihnen immer bei ihrer Forderung des Frauenstimmrechts entgegengehalten worden ist, der Mann leistet dem Staat für sein Wahlrecht auch Dienste als Soldat. (Die Erneuerung des Menschengeschlechts durch die Frau gilt diesen bürgerlichen Köpfen nicht als eine Leistung für den Staat!) Wenn die bürgerlichen Frauen für das weibliche Dienstjahr Wahlrechte erwarten, werden sie sich gründlich täuschen, denn schon der vorerwähnte „Arbeiterfreund“ schreibt: „Aus dieser zweijährigen Dienstzeit können natürlich irgendwelche besondere bürgerliche oder politische Rechte niemals erwachsen.“

Die bürgerlichen Frauenstimmrechtskämpferinnen werden das entseht bemerken. Wir Sozialdemokraten haben mehr als genug an den männlichen Dienstjahren mit ihren furchtbaren Auswüchsen. Unsere Mädchen müssen von klein auf schuften und schaffen, daß sie kaum wissen, wo ihnen der Kopf steht und was sie zuerst anstreifen sollen. Für sie gibt es nirgend Erholung und Ruhe, Ferien und Freiheit. Wenn die Töchter der oberen Schichten, die bisher größtenteils ihre Jugend und ihr ganzes Leben verträdeln, ein soziales Jahr absolvieren wollen, hätten wir nichts dagegen, dadurch lernen sie die Leistungen arbeitender Menschenkinder anderer Kategorien schätzen, daß sie aber dann doch um ihr erträumtes Wahlrecht geprellt werden sollen, tut uns aufrichtig leid. Oder sollen sie vielleicht für ihr „einjähriges Dienstjahr“ erhalten, was für „zweijährige Dienstjahre“ nicht gewährt werden soll? Ein Frauenwahlrecht?

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Besichtigung von Hohbrodtsfelde, Freitag, den 9. d. Mts. Abfahrt Eickener Bahnhof 1 Uhr 35 Minuten. Gefundbrunnen 1 Uhr 40 Minuten bis Buch. Dort steht 2 Uhr eine Feldbahn für uns bereit. Nur für Mitglieder, Mitgliederbuch legitimiert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Abwehrstreik der Charlottenburger Arbeiterkassier.

Es ist zu bemerken, daß heute Mittwoch die Arbeit bei Hanisch u. Bernick wieder aufgenommen wird, nachdem am gestrigen Tage von den beiden Führern der für das Schwerfuhrwerks-gewerbe aufgestellte Tarif unterschrieben und anerkannt wurde. Zugunsten auf die letzte Notiz im „Vorwärts“ müssen wir betonen, daß die Kassier bei Hanisch nicht wegen Tarifbruch, sondern wegen unterschriebener Anerkennung des oben bezeichneten Tarifs in den Streik getreten waren. Auch bei der Firma Ambeel sind am Sonntag die Differenzen durch Vergleichsverhandlungen erledigt worden. Einzelne Charlottenburger Führer haben eine Vereinigung der Führer und Kassier gegründet und versuchen nun, mit allen möglichen Mitteln ihre Kassier in diesen Verein zu pressen, wobei sich ganz besonders der Führerunternehmer Katt hervortut. Bis jetzt ist es ja erst gelungen, einige für die moderne Gewerkschaftsbewegung untaugliche Elemente einzufangen und wird wohl die mitgegründete Unterstützungskasse, für welche sich jedes Mitglied wöchentlich 25 Pf. vom Lohn abziehen lassen soll, am ewigen Dales leiden.

Auch der Großfuhrunternehmer Henning scheint der Gründung der gelben Vereinigung nicht ganz fernzustehen. Denn er hatte sich die Mühe gemacht, die Streikenden in dem Streiklokal zu besuchen und hat versucht, sie von ihren Forderungen abzubringen, andererseits aber auch gleich die Segnungen einer gelben Vereinigung vor Augen gehalten. Seine Liebesmühe war allerdings vergebens, kein Streikender ist abtrünnig geworden.

Die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes werden aber dafür sorgen, daß die gelbe Flut innerhalb ihres Berufes soweit reicht, daß gerade noch ihre Gründer drinnen erlaufen können.

Wie eine Truffirma ihre Angestellten behandelt.

Der Buchhalter Sch. war bei der Berliner Zigarettenfabrik Jostett G. m. b. H., die mit der Zigarettenfabrik A. Jasmagi Alt.-Ges., Dresden, liiert ist und von dieser ihre Direktoren erhält, über 8 Jahre beschäftigt. Sch. hat seit Jahren bei der Firma Jostett eine umfangreiche, bis in die kleinsten Details gehende Rechnungsführung ausgeübt. Durch diese Tätigkeit ist das Sehvermögen infolge der damit verbundenen Ueberanstrengung stark beeinträchtigt worden, besonders das linke Auge hat gelitten. Pfingsten 1911 stellte sich eine Rehautablösung ein, die zur Erblindung dieses Auges führte. Nach dem Gutachten des Arztes konnte Genannter seine Tätigkeit ohne Gefahr für das andere Auge nicht mehr ausüben, und mußte derselbe seine Stellung bei der Firma aufgeben, nachdem es an dem bekannten sanften Druck nicht gefehlt hat. Obgleich die Firma Gelegenheit hatte, den Betroffenen in Aushendienst als Reisenden zu beschäftigen, tat sie es nicht, da angeblich keine Bilanz vorlag. Trotzdem engagierte die Firma kurz darauf 2 Vertreter für Berlin und ließ ein erneutes Besuch ihres früheren langjährigen Angestellten unberücksichtigt. Die Generaldirektion der Firma Jasmagi, an die der Angestellte sich nunmehr wandte, versuchte durch Ausflüchte und Verdrüstungen sich ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber einem in ihrem Betriebe invalide gewordenen Angestellten zu entziehen. Was der in ihrem Betriebe invalide gewordene Angestellte nunmehr tut, läßt die Direktion vollkommen kalt. Dieser Fall legt jedenfalls Zeugnis ab für das „soziale Verständnis“ des Unternehmertums und sollte den Angestellten Veranlassung sein, durch Anschließung an die gewerkschaftliche Organisation, den Zentralverband der Handlungsgehilfen, der Ausbeutung eine Schranke zu setzen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehilfen.

Am „Vorwärts“ vom 28. Juni 1912 brachten wir die Mitteilung, daß sich eine tariffreie Friseurvereinigung gegründet habe. Wir stellen bei dieser Gelegenheit fest, daß die freie Vereinigung unter Leitung ihres derzeitigen Vorsitzenden Herrn Lubert, Ingener Straße 132, sich immer mehr im reaktionären Sinne entwickelte. In der Augustnummer der Zeitung der freien Vereinigung entläßt sich nun der Herr von Herrn Lubert. Der Höhepunkt wird erreicht, indem wir als Wegelagerer bezeichnet werden. Und das tut derselbe Herr, der uns gleich hinterher einen Mangel an „Mittlerlichkeit“ vorwirft.

Die Forderungen haben 743 Arbeitgeber anerkannt. Insbesondere hat die jetzt stattfindende Kleinotiation für den Verband Fortschritte gebracht.

Verband der Friseurgehilfen.

Tarifgegnereische Schuhmachermeister.

Obwohl mit den Innungen und Vereinigungen der Schuhmachermeister Groß-Berlins im Dezember 1910 ein Minimal-Lohn-tarif vereinbart wurde, halten es noch heute die Schuhmachermeister Karl Glieseke, Sr. Frankfurter Straße 72 (Verkaufsgeschäft) und Max Rarunde, Veteranenstraße 25 (Besohlanfabrik) nicht für nötig, diesen zu bezahlen. Glieseke zahlt Löhne, wie sie miserabel in den entlegensten kleinen Provinzstädten oder Dörfern nicht bezahlt werden können. Vom Innungsschiedsgericht wurde der Arbeiter, der Glieseke auf Zahlung des Tariflohnes verklagte, abgewiesen, weil derselbe, wie er in der Verhandlung ausführte, aus Not bei der ersten Lohnzahlung nicht Einspruch erhoben hat. Der Arbeiter von Rarunde, Veteranenstraße 25, wurde abgewiesen, weil derselbe schon im vorigen Jahre bei diesem unter dem Tarif gearbeitet hatte, damals war aber der Arbeiter von Böhmen zugereist und kannte die Verhältnisse nicht.

Der Vorsitzende des Schiedsgerichts rügte das Verhalten der Betroffenen als Schmutzkonkurrenz und bedauerte auf Grund der Rechtslage die Beklagten nicht verurteilen zu können.

Die getroffenen Vereinbarungen zu halten haben sich diejenigen Schuhmachermeister verpflichtet, die ein rotes, mit unserem Stempel versehenes Plakat aufweisen mit der Aufschrift: „Hier sind die Forderungen der Schuhmachergehilfen bewilligt.“ Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugeerbe

werden vom Verbandsorgan des Zimmererverbandes vielfach kritisiert. Nach dem „Zimmerer“ tritt das Schiedsgericht in der Spruchpraxis mit den Stimmen der Unparteiischen und denen der Unternehmerseitiger neue Wohnen, die zu nichts gutem führen können. Besonders wird eine Entscheidung angegriffen, wonach das Schiedsgericht entschieden hat, daß das Ansetzen an Zimmerer-gesellen, aus dem Verbandsauszutreten, um sie zu Polierern zu machen, nicht gegen den Tarifvertrag verstößt. Das Schiedsgericht wies eine solche Klage einer Ortsverwaltung des Zimmererverbandes mit der Begründung zurück: es sei nicht tatsächlich festgestellt, daß die Arbeitgeber über das Bedürfnis hinaus, lediglich in der Absicht, die Zimmerer ihrer Organisation zu entziehen, sie zu Polierern gemacht haben. Der „Zimmerer“ verweist darauf, daß der Tarifvertrag bestimmt, Einstellung und Entlassung von Arbeitern stehen in freiem Ermessen des Arbeitgebers, die Zugehörigkeit zu einer Organisation darf aber auf keiner Seite ein Grund zu Maßregelungen sein, ebenso darf der Austritt aus der Organisation nicht verlangt werden.

Auch die Entscheidungen, die in letzter Zeit zustande kommen, geben Stoff zur Kritik. Das Schiedsgericht hat seine Spruchpraxis infolge geändert, als es Entscheidungen nicht mehr im Plenum des Schiedsgerichts stattfinden läßt, sondern die Unpartei-

ischen ziehen sich zurück, formulieren ihre Vorschläge und bringen sie im Plenum zur Diskussion und zur Abstimmung. Neben die Unparteiischen ihre Vorschläge nicht selbst ab, dann werden bei dieser Methode die Vorschläge natürlich immer beschlussig; es müßten denn die Unternehmer- und die Arbeitervertreter gemeinsam gegen stimmen, was nie vorkommen dürfte. Auch wenn nur einer der Unparteiischen sich der Stimme enthält, wie das in einigen Fällen geschah, so erhält der Vorschlag der Unparteiischen die Mehrheit des Gerichts. Außerdem unterschreiben jetzt die Unparteiischen allein die Entscheidungen, und zwar ohne daß ihr Wortlaut und die Gründe dem Plenum des Schiedsgerichts vorliegen. Aus dieser Veränderung in der Spruchpraxis resultieren Entscheidungen, die nach dem „Zimmerer“ nicht im Einklang stehen mit dem Geiste des Tarifvertrages und die von ihm öffentlich kritisiert werden.

Lohnbewegung der Stettiner Straßenbahner.

Die im vorigen Monat vom Transportarbeiterverband eingeleitete Lohnbewegung der Stettiner Straßenbahner ist mit Erfolg beendet. Es hatte zuerst den Anschein, als wenn es zu ersten Kämpfen kommen sollte. Die Verwaltung, die wohl ein sah, daß die Angestellten zu ersten Schritten bereit seien, berief zum 1. August eine Ausschussratssitzung ein. Das Resultat ihrer Beratung wurde am 2. August durch Anschlag bekanntgegeben. Danach wird den im festen Dienstverhältnis stehenden Angestellten eine Gehaltszulage von 5 M. monatlich zugebilligt, und das Anfangsgehalt durchweg um 5 M. monatlich erhöht. Auch die Höchstgehälter werden um 5 M. vorgezogen. Den im 2. und 3. Dienstjahr stehenden Angestellten werden 3 bzw. 6 Urlaubstage gewährt. Die vom Fahrpersonal gewünschten Dienstleistungen, insbesondere der Ab-lösungen, sollen durch Einstellung und Ausbildung des benötigten Personals nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Den Bahn-wärtern werden fortan drei dienstfreie Tage im Monat gewährt.

In einer Versammlung am 3. August nahmen die Angestellten zu dieser Bekanntmachung Stellung. Es kam zu erregten Ausführungen. Die Mehrzahl forderte den Streik, weil die Direktion sich in keiner Weise geäußert habe, ob sie der beispiellosen brutalen und schändlichen Behandlung durch die Vorgesetzten endlich ein Ziel setzen wolle. Die Verhandlung hatte alle Mühe, die Anwesenden zu überzeugen, die Erledigung dieser Angelegenheit in weiteren Verhandlungen mit der Gesellschaft zunächst zu ermöglichen. Eine entsprechende Resolution wurde schließlich nach wiederholter Abstimmung angenommen.

Eine neue christliche Gewerkschaft.

Aus Bingen wird uns geschrieben: Unter dem Titel „Deutscher Weinberg-, Land- und Waldarbeiter-bund“ wurde hier von einem Wäldernduden aus den verschiedenen Weinbaugebieten zusammengesetzter Weinbergarbeiter ein neuer christlicher Berufsverband „gegründet“. Zweck des unter Ausschluß der Öffentlichkeit ins Leben getretenen „Bundes“ soll die „Förderung des Gemeinfinns, Hebung des Standesbewußtseins und der Berufstätigkeit, Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Mitglieder usw. sein. Die Laubreife hielt Stegerwald-Köln, der natürlich nicht aus der Rolle fiel und gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften schwer vom Leder zog. Er hatte ja nicht zu befürchten, sich mit Gegnern messen zu müssen, denn diesen war der Zutritt verweigert. Sie des neuen Verbandes ist Köln.

Ausland.

Scharfmachertum in Oesterreich.

Die Leitung der Vereinigung der „Arbeitgeber“ Oesterreichs verachtet an ihre Mitglieder ein Rundschreiben, das die Ueberwindung einer Massen- und Sturmpetition um noch mehr gesetzlichen Schutz für die Arbeitswilligen vorbereiten soll. Die Petition soll der Regierung im Herbst überreicht werden. Nach dem Wahlsieg der deutsch-freiwirtschaftlichen Scharfmacherbildungs in den Industriegebieten der Sudetenländer im vorjährigen Sommer haben die Scharfmacher offenbar ihre Zeit gekommen. Aus dem Rundschreiben geht aber auch hervor, wie unnötig ihr Verlangen ist, denn es wird darin mit Befriedigung festgestellt, daß die Behörden und ihre Organe, also die Polizei und Gendarmerie, infolge des strengen Drängens der Scharfmacher seit einiger Zeit ein härteres Vorgehen bei Streiks üben. In der Tat ist festzustellen, daß das äußere Bild der Lohnkämpfe dem in Preußen, Sachsen oder anderen Polizeistaaten gewohnten immer ähnlicher wird. Der Verband der in Deutschland seitfam bekannten Streikbrecher- und Ruheförderkolonnen hat ja auch längst nicht mehr an den schwarzen gelben Grenzplätzen Halt gemacht und dieser Import erzeugt sich durchaus des Wohlgefallens der Regierung. In bezug auf die Anpassung behördlicher Unparteilichkeit an die Bedürfnisse des Kapitals ist Oesterreich längst in die vorderste Reihe der modernen Kulturstaaten eingereiht.

Ein Streik der Baupolierer ist in Neichenberg, der „Metropole Deutschböhmens“ ausgebrochen. Lohnforderungen sind die Ursache des Streiks. Die Unternehmer suchen nun Techniker als Streikbrecher zu gewinnen — wohl im Vertrauen auf die deutsch-nationale Gesinnung der Akademiker. Die Bauarbeiter haben beschlossen, den Streik zu unterstützen, insbesondere dadurch, daß sie unter strenger Beobachtung des Kollektivvertrages die einstweilige Uebernahme von Polierfunktionen zurückweisen. — Die Bauarbeiter Nordböhmens, die bei dem Tarifabschluß von 1910 wegen des gleichzeitigen Riesenkampfes im deutschen Baugewerbe manche höchst zeitgemäße Forderung zurückstellen mußten, rüsten energisch zum neuen Tariftermin von 1913. Eine Konferenz in Neichenberg, an der auch Delegierte aus Görlitz und Bittau teilnahmen, beschloß u. a. die Konzentration der kleinen Ortsgruppen.

Syndikalistische Zeitungsgründung in Italien.

Gestern nahmen wir Notiz von der beabsichtigten Gründung eines neuen Gewerkschaftsblattes in Italien. Die betreffende Mitteilung ging uns aus Turin zu. Sie trug die Adresse des Bureaus, welches uns als Sitz der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentrale Italiens bekannt ist, auch mußte die Unterjchrift die Annahme erwecken, als ob es sich um ein Blatt der Landeszentrale handelte. Wie wir jetzt erfahren, ist das ein — allerdings erklärlicher Irrtum. — Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Neben der gewerkschaftlichen Landeszentrale Italiens mit 384 000 Mitgliedern (Confederazione Generale del Lavoro), die ihren Sitz in Mailand hat, besteht in Italien sowohl ein katholisches „Sekretariat der Berufsverbände“ unter Leitung der Kirche mit 8767 Industriearbeiter- und 70 912 Landarbeitermitgliedern, wie auch eine syndikalistisch-anarchistische Richtung, welche letztere bisher nur eine lose Aggregation ohne jede Beitragspflicht besaß. Ihre Zeitung oblag der Arbeitskammer in Parma, die als Leiterin der „revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ gilt. Nachdem sie auf dem letzten Gewerkschaftskongresse wieder unterlegen, hat diese Richtung eine Art Landeszentrale und ein eigenes Organ, „La Battaglia Sindicale“ (Der Gewerkschaftskampf) beschlossen. Nach den Behauptungen ihrer Gründer sollen der neuen Zentrale rund 50 000 Mitglieder angehören. Ihre Hauptarbeit und auch der Zweck der Zeitungsgründung ist leider wieder die Bekämpfung der bestehenden Gewerkschaften, wobei sie natürlich Verbündete im katholischen Lager finden.

Das Blatt der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen italienischen Landeszentrale „La Confederazione del Lavoro“ erscheint halbmonatlich im Format des deutschen „Correspondenzblatt“ in Mailand, während die in Turin (auffallenberweise im selben Bureau, das bis vor einigen Monaten von der Zentrale der Zentralverbände bewohnt wurde!) neu erscheinende Zeitung keineswegs, wie ihre Redaktion in ihrem Rundschreiben an die Arbeiter-

presse in irreführender Weise mitteilt, „Organ der Zentralverbände“, sondern der Syndikalisten, also der Gegner der Zentralverbände, ist.

Eisenbahnerstreik in Südspanien.

Madrid, 6. August. (B. Z. V.) Die Angestellten der Eisenbahnen im südlichen Spanien haben der Regierung mitgeteilt, daß sie am 12. August in den Ausstand treten werden.

Verfammlungen.

Die Stukkateure hielten am Montag im Gewerkschaftshause eine Versammlung ab, die sich hauptsächlich mit der Frage zu beschäftigen hatte, ob Lohn oder Akkord die gerechteste und günstigste Entlohnungsform ist. Die Stukkateure haben zwar einen Akkordtarif, aber klar ausgesprochene Prinzipien, welcher Entlohnungsform der Vorzug zu geben sei, sind bisher weder bei der Arbeitgeberorganisation, noch bei der Arbeitnehmerorganisation zutage getreten. Nach dem letzten Tarifabschluß ist aber im Unternehmerlager eine Wandlung zu bemerken, die dahin geht, an Stelle der Akkordarbeit immer mehr die Lohnarbeit zur Einführung zu bringen. Trotzdem der Zeitlohn gestiegen, die Akkordpreise aber im wesentlichen unverändert geblieben sind, glauben die Unternehmer durch die Einführung der Lohnarbeit ihre Profiteure noch steigern zu können. Die Schaffung eines Einheitslohnes, über den hinaus keine Forderungen gestellt werden dürfen, soll ihnen den Weg in dieser Beziehung noch mehr ebnen. Der Umstand, daß einzelne Gehilfen, wohl durch die Akkordarbeit verdroht, auch im Zeitlohn ein ihren Lohn weit übersteigendes Arbeitsquantum liefern, bildet einen weiteren Anreiz für die Unternehmer, von der Akkordarbeit Abstand zu nehmen. Wollen die Gehilfen aber keinen Rückschlag erleiden, dann müssen sie auch bei der Lohnarbeit darauf achten, daß der Akkordtarif für die Arbeitsleistung als Grundlage dient. Wollen die Unternehmer die Akkordarbeit beseitigen, dann können sie doch nicht verlangen, daß die Gehilfen für den geringeren Zeitlohn dieselbe Arbeit leisten, die sie bei einem bedeutend höheren Akkordverdienst geleistet haben. Wird dem Arbeiter im Verdienste eine Schranke gesetzt, so ist er auch berechtigt, für seine Arbeitsleistung eine Schranke zu setzen.

Der Vorsitzende Wengels berichtete dann noch über einige Streitigkeiten, die der Schlichtungskommission zur Entscheidung vorgelegen haben. Es soll nicht statthaft sein und einen Tarifbruch bedeuten, wenn durch Ausnutzung einer Notlage des Unternehmers höhere Löhne gefordert werden. Wenn bei Eingehung eines Arbeitsverhältnisses über den Lohn nichts vereinbart wird, dann soll der Minimallohn gelten. Bei Zeitlohn soll der am Lohnzahlungstage fällige Lohn zur Auszahlung kommen, einen oder mehrere Tage einzubehalten, ist der Unternehmer nicht berechtigt.

Es wurde dann noch auf die bevorstehende Lohnbewegung der Gipshilfshauer und Modellseure hingewiesen. Auch die Stukkateure haben ein Interesse daran, daß die Arbeitsbedingungen dieser Branche mit ihren eigenen gleichgestellt werden, da beide Branchen sehr oft ineinander greifen. Es sollen daher auf den Bauten die dort beschäftigten Bildhauer und Modellseure auf die am Donnerstag in den „Industrie-Festhallen“ stattfindende Versammlung hingewiesen werden.

Letzte Nachrichten.

Tödlicher Unfall auf dem Flugplatz Johannisthal.

Gestern nachmittag verunglückte der Monteur Franz Denell aus Lichtenberg auf dem Flugplatz Johannisthal tödlich. Denell, der bei den Rumpeler-Werken beschäftigt war, drehte an dem Propeller einer im Schuppen stehenden Flugmaschine. Der Rotor sprang plötzlich an, die Maschine setzte sich in Bewegung und drückte den Monteur, der von dem Propeller erfasst wurde, gegen die Klappen des Schuppens, wobei Denell tödliche Verletzungen erlitt. Die ganze linke Seite wurde ihm abgeschlagen, so daß die Eingeweide herausraten. Er wurde nach dem Kreiskranken-hause Brih gebracht, wo er bald nach der Einlieferung verstarb.

Der Aufruhr in Kazagan.

Paris, 6. August. (B. Z. V.) Ueber die gestrigen Unruhen in Kazagan wird ergänzend gemeldet: Um 11 Uhr abends dauerte das Schießen noch fort, das um 9 Uhr begonnen hatte. Aid Triabi schürte die fremdenfeindliche Bewegung. Seine Anhänger wollen unter dem Einfluß seiner Aufreizungen die Franzosen vertreiben. Als die Verhaftung des aufrührerischen Aids als Präventivmaßregel angeordnet wurde, kam der Aufruhr zum Ausbruch. Ein Teil der Einwohner hat sich in seinen Häusern verbarrikadiert. Der Pascha hält sich in seinem Hause eingeschlossen aus Furcht, von den Aufrührern getötet zu werden. (Siehe Karte.)

Roskfrei der Krankenpflegerinnen.

Köln, 6. August. (B. Z. V.) Der Internationale Kongreß des Weltbundes der Krankenpflegerinnen nahm in seiner heutigen Morgen Sitzung auf den Vortrag des Geheimen Medizinalrats Dr. Oeder-Strahburg über Ueberarbeitung der Krankenpflegerinnen einen Beschluß an, solange die Regierungen und die Parlamente der einzelnen Länder um Hilfe anzurufen, bis die berechtigten Forderungen der Krankenpflegerinnen erfüllt würden.

Straßenbahnzusammenstoß in Wien.

Wien, 6. August. (B. Z. V.) Heute vormittag stieß an der Ecke der Pringengasse und Albertstraße ein aus einem Rotor und einem Weimager bestehender mit Bierfässern beladener Automobilzug der Diefinger Brauerei mit einem Straßenbahnzug zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der Straßenbahnzug einen halben Meter weit aus dem Gleise geschleudert und teilweise demoliert wurde. Drei Personen wurden schwer verletzt.

Einsturzkatastrophen.

Budapest, 6. August. (B. Z. V.) Heute früh ist in der Kleinen Rochußgasse eine 3/4 Meter hohe Wand, die bei Kanalreinigungsarbeiten untergraben worden war, eingestürzt. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet, mehrere andere schwer verletzt.

Dreifacher Todessturz.

Paris, 6. August. (B. Z. V.) Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern in Versailles ereignet. Ein Materialzug der Versailleser Straßenbahn stieß mit einem Privatwagen, in dem sich drei Frauen befanden, zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die drei Frauen aus dem Wagen fielen. Sie waren sofort tot.

Zugzusammenstoß im Tunnel.

Lyon, 6. August. (B. Z. V.) Heute nachmittags stießen im Tunnel bei Roganne (Departement Rhône) zwei Züge zusammen, wobei vier Personen getötet und zwölf verletzt wurden.

Schweres Eisenbahnunglück in Irland.

London, 6. August. (B. Z. V.) Aus Cork (Irland) wird gemeldet: Ein mit Ausflüglern besetzter Zug, der von Kilmarnock nach North-Wall zurückkehrte, entgleiste in der Nähe von Lombardstown. Vier Wagen wurden vollständig zertrümmert, etwa 20 Ausflügler schwer verletzt. Sämtliche Verletzten wurden mittels Spezialzug nach Cork transportiert und in dortige Hospital eingeliefert.

Verelendung der niederholländischen Bergleute.

Auf Grund einer statistischen Aufnahme über die Ernährungs-, Wohn- und Gesundheitsverhältnisse der Bergleute im Waldburger Grubengebiet...

Die Haushaltung eines Tagearbeiters mit einem Kind weist an Verbrauch und Ausgaben für eine Woche auf:

Es handelt sich hier um einen Tagearbeiter mit dem kümmerlichen Lohn von 2,70 M.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 6 Brote, 5 Pfund Mehl, 1 1/2 Pfund Zucker, etc.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 7 Brote, 8 Pfund Mehl, 8 Pfund Zucker, etc.

Die Ausgabe für Nahrung beträgt bei 6 Kindern 10,27 M., der Lohn ebenfalls 2,70 M. Man merkt, wie das Elend wächst.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 8 Brote, 12 Pfund Mehl, 1 1/2 Pfund Zucker, etc.

Die Kinder können sich niemals satt essen. Die Rationen müssen streng eingeteilt werden. Kaffee wird hier wie fast überall nur schwarz und bitter getrunken...

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 7 Brote, 10 Pfund Mehl, 2 Pfund Zucker, etc.

Kleines feuilleton

Ueber „Diluvium und prähistorische Menschheit bei Goethe und seinen Zeitgenossen“ ließ sich auf dem am Montag in Weimar eröffneten Anthropologentag Professor Dr. Semper folgendes hören...

Der Vater geht im Sommer noch ständig in den Steinbruch und arbeitet täglich etwa 16 Stunden. Er ist kräftlich und hält sich nur mit größter Energie aufrecht...

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 8 Brote, 10 Pfund Mehl, 1 1/2 Pfund Zucker, etc.

Abschlag und Lohnrestzahlung reichen hier, wie in allen ähnlichen Fällen, natürlich nicht aus, und Frau und Kinder müssen hinzu verdienen.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 10 Brote, 15 Pfund Mehl, 4 Pfund Zucker, etc.

Die Abend- und Morgentrost besteht aus Nudelpapier und trockenem Brot, die Kleider werden zusammengebündelt und zu guter Letzt werden die Eltern mit Polizeiprasen belegt...

Dieses Elend herrscht unter einer Arbeiterschaft, die 30 000 Arbeiter umfaßt. Wie tief diese Lebenshaltung ist, zeigt ein Vergleich mit der Normalernährung der deutschen Marine.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 800 Gramm Rindfleisch, 750 „ Schweinefleisch, 800 „ Hammelfleisch, etc.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Dresden, den 5. August 1912.

Im geschmückten Saale des „Kristallpalastes“ wurde gestern nachmittag der erste ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands eröffnet.

In der heutigen Sitzung überbrachten zunächst die Vertreter der ausländischen Organisationen die brüderlichen Grüße ihrer Kollegen...

Verbandsvorsitzender Brey-Hannover erstattete hierauf den Geschäftsbericht.

Mit Befriedigung konstatiert Brey, daß der Verband in den letzten Jahren gut vorwärts geschritten sei. Das wäre ein Zeichen eifriger Verbandsaktivität der Funktionäre.

Weltanschauung geblieben, in denen die Gegenwart zu anderen Schritten gelangen würde. Abweichungen ähnlicher Art findet man bei Goethe auf allen Wissensgebieten.

Eine Schwefelinsel. In der „Bucht des Ueberflusses“ (Bay of Plenty), einer weiten Meeresbucht an der Nordinsel von Neuseeland, liegt in ziemlich bedeutender Entfernung von der Küste die Weiße Insel (White Island).

jeder Hinsicht unterstützt. Besonders durch Herausgabe entsprechender Flugblätter. Es wurden verandt: 120 000 Flugblätter über die Beitragsverbesserung, 100 000 für die Papierindustrie, 184 000 für die chemische Industrie, 88 000 für die Ziegelindustrie, 10 000 für die Kalkindustrie, 4000 für die Zündholzindustrie und 20 000 für die Zementindustrie.

Den Kassenerbericht. Der Kassierer betont, die Finanzen seien nicht so gestiegen, wie man vor zwei Jahren erwartet habe. Er hofft, daß sie sich in den nächsten Jahren bedeutend erhöhen.

Den Redaktionsbericht. Er betonte, daß Beschwerden gegen die Redaktion nicht eingegangen, die Mitglieder mit der Haltung des Verbandsorgans also wohl einverstanden seien.

Debatte. In der die Redner die vorliegenden Anträge begründeten und die Wünsche ihrer Zuhörer vorbrachten.

Von Japans Presse. Die beiden ältesten Zeitungen Japans sind der „Yomi Shimbun“ und der „Asahi Shimbun“, die vor 38 Jahren gegründet wurden. Sie erscheinen in einer Auflage von je 130 000 Exemplaren...

Notizen. — Bürgermeister Georg Meide ist in der Tante Voh mit einem Sezessionistenbriefwechsel niedergekommen.

— Die russikalische Volksbibliothek des Berliner Kontinentalvereins, die ja von der Stadt Berlin subventioniert wird, klagt die Abkühlung, unabhängig von der Hauptbibliothek eine Zweiganstalt in Charlottenburg mit einem Anfangsbestand von 2000 Nummern zu eröffnen.

— Der XVI internationale Freidenkerkongress findet in München zwischen 31. August bis 4. September statt. Unter den zwanzig Rednern steht auch Genosse Adolf Hoffmann verzeichnet.

— Eine Advoletin am höchsten norwegischen Gericht. Die Frauenrechtlerinnen des Nordens haben einen wichtigen Erfolg errungen. In einem der nächsten Tage wird Fraulein Eise Sem ihre Vollmacht als erster weiblicher Advoletin am höchsten Gericht Norwegens erhalten.

— Franz Bedekind soll, fähigem Vernehmen nach, ein Altgegenstand für die Posenreiter des Metropolitantheaters werden.

— Der XVI internationale Freidenkerkongress findet in München zwischen 31. August bis 4. September statt. Unter den zwanzig Rednern steht auch Genosse Adolf Hoffmann verzeichnet.

— Eine Advoletin am höchsten norwegischen Gericht. Die Frauenrechtlerinnen des Nordens haben einen wichtigen Erfolg errungen. In einem der nächsten Tage wird Fraulein Eise Sem ihre Vollmacht als erster weiblicher Advoletin am höchsten Gericht Norwegens erhalten.

Aus der Partei.

Parteitag der Sozialdemokratie Bayerns.

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie in Landshut, der schwarzen Kreisstadt Niederbayerns, war der am stärksten besuchte aller Landesparteitage. Es waren 184 Delegierte anwesend. Genosse Dollmar führte den Vorsitz. Der Vorstand berichtete zahlenmäßig fest, wie die Sozialdemokratie in Bayern auf allen Gebieten mächtig fortschreitet. Die Organisation hat in diesem Jahre das erste Hunderttausend der Mitglieder erreicht; auch die Gewerkschaften haben ihre Mitglieder in zwei Jahren um 52 000 vermehrt.

Die Debatte, die dem Vorstandsbericht folgte, behandelte hauptsächlich das Wahlabkommen bei den Landtagswahlen, das von den nordbayerischen Genossen heftig kritisiert wurde, weil sich seine Spitze allein gegen das Zentrum richtete, das in Hof und Bayreuth nicht in Betracht komme. Schließlich wurde aber mit erdrückender Mehrheit gegen 17 Stimmen das Vorgehen des Vorstandes gebilligt, ihm also das Vertrauen des Parteitages ausgesprochen. Einmütig angenommen wurde ein Antrag, daß künftig der bisherige Praxis entsprechend, bei Wahlabkommen zuvor die Gau- und Wahlkreisleitungen verhandelt werden.

In der weiteren Debatte wurde vereinzelter Widerspruch dagegen laut, daß bei der Präsidentschaftswahl des Landtages die Sozialdemokraten, um dem Zentrum jeden Vorwand zu nehmen, sich den Liberalen gegenüber verpflichtet hätten, an der üblichen Vorstellung beim Prinzregenten teilzunehmen, wogegen sich die Liberalen verpflichteten, ohne die Sozialdemokraten seinen Sitz im Präsidium anzunehmen.

Bei dem Fraktionsbericht lebten die innerpolitischen Erörterungen nochmals auf. Genosse Adolf Müller gab ein umfassendes und scharfes Bild der gegenwärtigen politischen Situation in Bayern. Schon Gen. Vollmar hatte in seiner Begrüßungsrede ausgeführt, daß wir in Bayern vor sehr ernstlichen Entscheidungen ständen, weil der regierende Ministerialismus sich auf den Weg der Gewaltpolitik begeben wird. Auch Genosse Kuer hatte diese schwarzen Pläne im Auge, als er die Auffassungen der Sozialdemokratie dahin zusammenfaßte: Wir lassen uns nicht treten!

Genosse Müller gab interessante Mitteilungen über die Ursachen des letzten Ministersturzes und über das neue Ministerium. Hertling kam als Vertrauensmann des Kaisers nach München ins Ministerium und trug sich zuerst mit der dann durch den Jesuitenerlass bereitelten Lösung, es bald zum Reichskanzler zu bringen. Müller berichtete auf Grund einer, wie wir verstehen können, durchaus zuverlässigen Information: Der deutsche Kaiser sei noch einer Unterhaltung mit dem neuen Ministerpräsidenten so gabelnd gewesen, daß er gesagt habe: 10 Weismann für einen Hertling. Adolf Müller bezweifelte nun allerdings, daß jetzt am Schluß des ersten Semesters Wilhelm II. den Professorenantritt Weismann-Hertling noch eingehen wird, weil Weismann doch nicht die Nischenhaftigkeit des Hertlingschen Jesuitenerlasses begangen haben würde.

In der Debatte wurde fast allgemein anerkannt, daß sich der bayerische Ministerialismus anständig liberal verhalten habe. Auch der Kritiker des Wahlabkommens in der bayerischen Fraktion, Genosse Simon, gab das unumwunden zu. — Die sozialdemokratische Antwort auf die Ministerialgewalt wird zunächst darin bestehen, daß wir unsere Organisation erweitern und vertiefen. Zu diesem Zweck wird bereits im nächsten Jahre ein außerordentlicher Parteitag in Nürnberg stattfinden.

Ueber Steuerpolitik sprach Genosse Haller. Sein Vortrag erweiterte sich zu einer Kritik des gesamten deutschen Finanzwesens. Haller kam zu dem Schluss: Eine Sanierung der einzelstaatlichen und Reichsfinanzen könne nur eine Reichsverschärfung bringen. — Das frivole sozialpolitische Spiel des Zentrums unterzog Genosse Simon in eindringlicher Darlegung einer vernichtenden Kritik.

Das kommunalpolitische Programm, das Segis und Südekum gemeinsam ausgearbeitet haben, soll bis zum nächsten Frühjahr fertiggestellt und dem außerordentlichen Parteitag vorgelegt und beraten werden. Eine besondere Aufmerksamkeit wird der gesetzlichen Regelung der Besitzrechte der Gemeindebürger gewidmet werden.

Das Zentrum plant einen neuen Verrat. Es will in überhätzigster Beratung noch in dieser Session das altbayerische Heimrecht beseitigen und durch den Reichsunterstützungswahl mit all seinen Mängeln und Nachteilen versehen. Eduard Schmid wies überzeugend nach, daß die Vorlage in dieser Form für uns unannehmbar ist.

Genosse Timm beschäftigte sich mit den eben herausgekommenen bayerischen Ausführungsbestimmungen zur Reichsversicherungsgesetzgebung. Diese bedeuten das schlechteste Recht, das überhaupt zulässig ist. Sogar die Landrentenklassen sind vorgegeben.

Der letzte Tag brachte wichtigere Willensäußerungen zur inneren Organisation. Die einheitliche Herausgabe des Parteibeitrages sollen die Bayern in Chemnitz nicht vertreten, sondern es bei der jetzigen Praxis belassen, bei der es möglich ist, nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kreise die Beiträge festzusetzen. — Doppelmandate werden, ohne rigorose Ausnahmefälle, künftig für unzulässig erklärt.

Ueber eine Anregung, die Frage der Abkommensversicherung zu prüfen, wurde mit einer kleinen Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Auch die Antragsteller dachten natürlich an keine Einrichtung ähnlich der bürgerlichen Wähler, sondern an eine Verbindung mit der künftigen „Volksfürsorge“.

Der bisherige Landesvorstand wurde wiedergewählt. Für den eventl. in Chemnitz zu wählenden Parteivorsitz wurde für Nordbayern Genosse Walter, für Südbayern Genosse Kuer vorgeschlagen. Der nächste ordentliche Parteitag findet 1914 in Neustadt a. Hardt statt.

Was die Abreise der bürgerlichen Klatschpresse.

Unser Breslauer Parteiblatt schreibt: Heinz Sperber und Hermann Heijermans. Durch die Berliner Presse läuft eine der „Braunschweigischen Landeszeitung“ entnommene Notiz über den Feuilletonmitarbeiter des „Vorwärts“ Heinz Sperber, der mit dem bekannten Dichter und Schriftsteller Hermann Heijermans identisch sein soll. Die Enthüllung über diese angebliche Identität schreiben das „Kleine Journal“, die „Post“ und andere der „Volksmacht“ in Breslau zu, in der folgenden gefaßten haben soll:

„Die ohnungslöse „Vorwärts“-Redaktion, die sich für den „Genossen Heinz Sperber“ so sehr ins Zeug legt, scheint nicht einmal zu wissen, daß der schöne „Genossename“ Heinz Sperber nur ein Pseudonym für den Dollander Hermann Heijermans, der Mitarbeiter des bürgerlichen „Berliner Tagesblattes“ und der „Vorwärts“-Mitarbeiter Genosse Sperber ein und dieselbe Persönlichkeit ist.“

Eine solche Notiz hat niemals in der „Volksmacht“ gefunden, auch ist niemals in unserem Blatte von einer Identität zwischen Heinz Sperber und Hermann Heijermans die Rede gewesen. Die genannten Blätter sind von der „Braunschweigischen Landeszeitung“ irreführend gefälscht worden und werden ersucht, ohne eine besondere Verichtigung ihre Falschmeldung zu widerrufen. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ selbst muß eine sehr merkwürdige Vorstellung von Parteimoral haben, wenn sie es für wahrscheinlich hält, daß ein sozialdemokratisches Blatt ein anderes oder einen Genossen denunzieren würde. Das überlassen wir ihr.

Aus den Organisationen.

Auf dem Parteitag für Ob- und Niederbayern wurde die günstige Entwicklung der Bewegung konstatiert. Der Konflikt des Parteivorstandes mit dem Bezirksvorstand wurde dissuliert; doch wurden keine Beschlüsse gefaßt. Zum Parteitag in Chemnitz wurde beschlossen: Den Parteivorsitz abzulehnen, ebenso eine nur teilweise Vertretung der Reichstagsfraktion, Abgelehnt

wird auch eine Änderung in der Zusammensetzung des Parteivorstandes durch einen Beitritt oder durch eine politische und eine bürokratische Abteilung. Dagegen soll den Reichstagsabgeordneten beratende Stimme gegeben werden, bei wichtigen Aktionen sollen die im § 19 vorgesehenen Konferenzen der Bezirksvorstände des öfteren stattfinden und falls notwendig, die Zahl der besoldeten Parteivorstandesmitglieder erhöht werden, die Einteilung der Arbeiten dem Vorstande aber selbst überlassen bleiben. — Das Stichwahlabkommen wurde gegen drei Stimmen gutgeheißen. — Zum Bezirksvorsitzenden wurde Genosse Hug wiedergewählt.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis tagte am Sonntag in Zwickau. Dieselbe war von 148 Vertretern (darunter 16 weibliche) besetzt. Die Mitgliederzahl beträgt 6556, das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um 1104. Ueber den Parteitag in Chemnitz referierte Genosse Schmidt-Zwickau. Derselbe erklärte sich gegen die Schaffung eines Parteiaussschusses und befürwortete dafür den Vorschlag Conrad-Frankfurt a. M., der eine Verstärkung des Parteivorstandes um 5 oder 7 unbesoldete Mitglieder vorschlägt. Von der Reichstagsfraktion soll nur ein Drittel Sitz und Stimme auf dem Parteitag eingeräumt werden. Die Kontrollkommission ist in ihrer bisherigen Form beizubehalten. Der Parteibeitrag soll pro Woche 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder betragen. Das Wahlabkommen des Parteivorstandes mit der freisinnigen Volkspartei fand nicht die Zustimmung des Mecklens. Schließlich plädierte er noch für die Aufhebung des Nürnberger Reichsbeschlusses, die Abführung des Tagesverdienstes betreffend, weil durch denselben nur Unfrieden unter den Parteigenossen gestiftet werde. In der Diskussion fand der Vorschlag auf Einsetzung eines Parteiaussschusses keine Vorliebe, dagegen wurde die beantragte Aufhebung des Nürnberger Beschlusses stark bekämpft und schließlich in namentlicher Abstimmung mit 65 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Im weiteren wurde beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag des Kreisvorstandes zu unterbreiten:

„Änderung des Parteistatuts betr. § 14. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, dem Schriftführer, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und 7 Beisitzern. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich wechselseitig zu vertreten. Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit usw.“

Auch soll die bekannte Resolution des Arbeiter-Abstinenzbundes, die eine Verschärfung des Schnapsbottells verlangt, beim Parteitag eingebracht werden.

Zu Parteitagdelegierten wählte man die Genossen Traupe-Zwickau, Schuster-Trimmitschau und Gilar-Beroun.

Für die sächsische Landeskonferenz in Dresden wurden 4 Genossen und 1 Genossin als Delegierte gewählt. Dann stimmte die Versammlung dem Kreisvorstandsantrage auf Anstellung eines Parteisekretärs für den 18. Kreis mit großer Mehrheit zu. Die Stelle soll sofort ausgeschrieben und das Bureau am 1. Oktober d. J. eröffnet werden.

Auch der Antrag einer Ortsgruppe, die Bezirkseinteilung im Kreise aufzuheben, damit die Ortsgruppen direkt mit dem Kreisvorstand zu verkehren haben, was auch dem deutschen Organisationsstatut entspricht, fand Annahme.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Opfer des Herrn v. Dallwitz.

Am die Ehre des angeblich schwer beleidigten preussischen Polizeiministers v. Dallwitz wiederherzustellen, hat Genosse Karl Olonsky von der Breslauer „Volksmacht“ am Montag eine dreimonatige Gefängnisstrafe im Breslauer Zentralgefängnis antreten müssen. Herr v. Dallwitz, der im preussischen Unterparlament gelegentlich der Wahlkreisdebatten die Beamten, die bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch gewählt hatten, Lügner, Heuchler und Eidsbrecher beschimpfte, fühlte sich durch einen Abwehrartikel der Breslauer „Volksmacht“ „sehr stark beleidigt“. Auf seinen Antrag wurde Strafantrag gestellt und sein Kollege Justizminister verfügte eigenhändig Verschlebung des Verfahrens. Diefem Wunsche der höchsten Vorgesetzten haben die Richter selbstverständlich Rechnung getragen. Am 9. April war die Hauptverhandlung, am 28. Juni Termin vor dem Reichsgericht, und am 2. August erhielt Genosse Olonsky die Aufforderung, sich zum Strafantritt bis spätestens Montag, den 6. August, zu melden. Eine so auffällig kurze Zeit zum Strafantritt war bisher nicht üblich.

Hoffentlich ist Herr v. Dallwitz nicht etwa der fetigen Meinung, daß mit der Verhütung der dreimonatigen Gefängnisstrafe seine Beschimpfungen der Beamten vergessen sind. Wer unter dem Schutze seiner Immunität die schwersten Beleidigungen ausübt und Redakteure, die diese Beschimpfungen zurückweisen, ins Gefängnis stecken läßt, der muß es sich gefallen lassen, daß ihm dieses für preussische Verhältnisse allerdings charakteristische Wesen, so lange er lebt, vorgehalten wird.

Bis jetzt sind im Breslauer Zentralgefängnis zwei Redakteure der „Volksmacht“, von denen jeder „von Rechts wegen“ drei Monate verhaftet muß.

Jugendbewegung.

Die diesjährige Konferenz der niederrheinischen Jugendaussschüsse wurde am Sonntag im Jugendheim zu Eibersfeld abgehalten. Vertreten waren 25 Jugendaussschüsse sowie die Agitationskomitees. Nach dem Geschäftsbericht vermehrte sich im verfloffenen Geschäftsjahre die Zahl der Jugendaussschüsse von 22 auf 29. Daneben bestehen in sechs Orten Jugendsektionen der Gewerkschaften. Mehrere Jugendaussschüsse hatten die Fürsorge eifriger Behörden zu beklagen; ganz besonders tat sich die Essener Polizei in der Verfolgung der Arbeiterjugendbewegung hervor. — Der Kassenbericht der Bezirksleitung weist eine Einnahme von 1705,40 M. und eine Ausgabe von 1297,73 M. auf.

Soziales.

Konsumvereine und Gewerkschaften.

Die Tatsache, daß der sozialdemokratische Parteitag und mehrere Gewerkschaftskongresse die politische und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderten, auch die Konsumvereine als den Arbeitern nützliche Einrichtungen zu betrachten und zu fördern, läßt es begreiflich erscheinen, daß nun auch in der Arbeiterpresse und -literatur diesem Thema größere Beachtung geschenkt wird. Das ist nur zu begrüßen! Eine von M. W., einem Parteiredakteur, im Verlage des Hofer Parteiblattes herausgegebene 36 Seiten starke Broschüre („Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften“). Hof i. B. 1912. Druck und Verlag von Hans Dill, Druckerei der „Oberfränkischen Volkszeitung“) will dem besonderen Zwecke dienen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Konsumvereinen zuzuführen. Das Schriftchen führt den Titel: Gewerkschaften und Konsumgenossenschaft. Der Verfasser hat im Hofer Gewerkschaftskartei einen gleichnamigen Vortrag gehalten und ist nun dem Wunsche, diesen Vortrag als Agitationsbroschüre herauszugeben, nachgekommen.

Der Inhalt des Besschens entspricht durchaus dem guten Zwecke, dem es dienen soll. Der Verfasser fährt, etwas weit ansholend zwar, aber durchaus logisch und richtig, den Nachweis, daß gerade der Arbeiter aus eigenem Interesse zum Konsumvereinsmitglied werden muß, denn sein ganzes Einkommen muß wieder ausgegeben werden für den nötigsten Lebensunterhalt. Da der Konsumverein die Aufgabe hat, durch Ausschaltung des unnützen Zwischenhandels

dem Verbraucher der wichtigsten Bedarfsartikel Vorteile zu verschaffen, so ist seine besondere Bedeutung für den Arbeiter ganz offenbar. Da er aber obendrein bemüht ist, in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorbildlich zugunsten der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu wirken, so liegt für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch ein weiterer Grund zur Förderung der Konsumvereinsbewegung vor. Die gegenwärtigen Teuerungszustände werden erörtert und auch daraus dem Zweck der Schrift entsprechende Schlüsse gezogen. Am Ende ist dem Umwesen des Rabatts im privaten Kleinhandel noch ein Kapitel gewidmet, das die Gründe gegen dieses Umwesen erörtert. — Das Schriftchen bringt dem Kenner der Dinge nichts neues, es ist zur Agitation aber recht gut geeignet.

Besonders in leitenden Konsumvereinskreisen sollten derartige Bemühungen anerkannt und begrüßt werden. Um so mehr muß es auffallen und verwundern, daß die Broschüre in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau in einer Art und Weise behandelt wird, die zum schärfsten Protest herausfordert und als die Sache der Konsumvereine schädigend bezeichnet werden muß. Das Recht der Kritik wollen wir selbstredend nicht verkümmert wissen. Die „K. R.“ geht aber mit keinem Wort auf den eigentlichen Inhalt der Broschüre (die sich von jeder Polemik fernhält!) ein, sondern beurteilt sie mit einigen allgemeinen unzutreffenden Bemerkungen, und warnt direkt die Konsumvereine vor dem Bezug der Schrift. (!) Dieses Verfahren hat obendrein noch einen recht häßlichen geschäftspolitischen Weigenschma, indem zugleich einige im Verlage der Rundschau erschienene Broschüren als die einzige unumstößliche Wahrheit empfohlen werden. Man ist es ja gewöhnt, daß in der „K. R.“ allen derartigen Schriften, die nicht den Segen der Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben, als schlecht und untauglich gekennzeichnet werden. Dieser Fall ist aber besonders traurig, weil es sich um eine ganz unpolemische sachliche Agitationschrift handelt, die gar nicht anders wirken kann, als nur für die Sache der Konsumvereine! Wo soll in Partei- und Gewerkschaftskreisen die Lust und Liebe zur Förderung der Konsumvereine herkommen, wenn nützliche und ehrlich gemeinte Bestrebungen derartig behandelt werden! Wir legen im Interesse der Konsumvereinsbewegung Verwahrung dagegen ein, daß Partei- und Gewerkschaftsmitglied die Mitarbeit in dieser Weise bereit wird! Man möchte bald zu der Auffassung kommen, als ob derartige „Kritiken“ in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ zu dem Zwecke geschrieben werden, ein intimeres Verhältnis zwischen dem Konsumvereins- und der modernen Arbeiterbewegung zu verhindern. Das kann nicht mehr nur kurzfristige und eigenwillige Schulmeistererei sein. Hier ist man geradezu gezwungen nach anderen Gründen dieser Methode zu suchen.

Wie lange werden unsere in den Konsumvereinsbewegungen sitzenden Parteigenossen diesem die gemeinsame Sache schädigenden Treiben noch zusehen! Wir möchten die Mahnung an unsere Parteigenossen wiederholen, mehr als bisher sich um die Generalversammlungen der Konsumvereine zu kümmern, um diesem anmaßenden, überhebenden Gebaren der Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine entgegenzutreten, das die Konsumvereinsbewegung und die Arbeiterbewegung schwer schädigt.

Von der Lagerer-Verursachungsgenossenschaft.

Die Lagerer-Verursachungsgenossenschaft teilt in ihrem letzten erschienenen Berichte mit, daß die Zahl der versicherten Betriebe auf 83 440 mit 392 543 Arbeitern gestiegen sei. Auf jeden Betrieb entfallen durchschnittlich nur 4,7 Arbeiter. Es handelt sich also in der Mehrzahl um Kleinbetriebe, die durch die Reichsversicherungsgesetzgebung vermehrt werden. In Handelsbetrieben wurden insgesamt 845 283 Arbeiter in 80 530 Betrieben beschäftigt, die eben der Versicherung jetzt schon unterstellt sind, während der Rest von 2910 Betrieben mit 47 310 Arbeitern dem Hilfsgewerbe des Handels und Verkehrs angehört.

Die gefährlichste das Transportgewerbe ist, beweisen uns die Zahlen des Berichts, der anführt, daß seit Gründung der Genossenschaft, vom Jahre 1888 bis 1911 insgesamt 274 249 Unfälle zur Anmeldung gelangten.

Im Durchschnitt seien also pro Tag 86 Unfälle gemeldet worden, wovon 50 332 Fälle einschädigend werden mußten.

Auch im Jahre 1911 ist die Unfallzahl wieder bedenklich gestiegen. Gemeldet wurden 23 817 Unfälle gegen 21 433 im Jahre 1910. Ein Mehr von 2884 Unfälle. Auch die Zahl der Todesfälle ist von 100 im Jahre 1910 auf 281 gestiegen.

Die Zahl der Rentenempfänger beträgt jetzt 25 649.

Für die Kosten des Selbstversichers innerhalb der ersten 13 Wochen wendete die Genossenschaft im Berichtsjahre 89 000,71 M. auf, die sich auf 454 Fälle erstreckten.

Mit der Rechtsprechung kann die Genossenschaft wohl sehr zufrieden sein. Denn die Schiedsgerichte haben in 83,32 Proz. der Fälle zugunsten der Genossenschaft entschieden. Ja, einzelne Schiedsgerichte, wie Leipzig usw., haben sogar in 93 Proz. der Fälle gegen die Verletzten entschieden. Das Reichsversicherungsamt zerstörte die letzten Hoffnungen der Verletzten und deren Hinterbliebenen und gab in 61,9 Proz. der Rekurssfälle der Verursachungsgenossenschaft auch recht.

Wie langsam das Reichsversicherungsamt arbeitet, ergibt sich auch daraus, daß allein 508 Rekurse aus dem Vorjahre übernommen worden sind, zu den 780 neuen Rekursen des Berichtsjahres.

Die Zahl der vielen Unfälle beweist, daß die Genossenschaft alle Ursache hat, die Frage des Unfallschutzes näher zu prüfen. Ihre technischen Aufsichtsberechtigten geben einen Sonderbericht, der aber sehr zaghaft gehalten ist. Ja, die Beamten bringen es fertig, von den Beschwerden der Arbeiterschaft etwas abfällig zu sprechen. In einigen Fällen seien ihnen Beschwerden über mangelhafte Betriebsbedingungen zugegangen, die aber „im allgemeinen bestmöglich befunden wurden“. Trotzdem schreibt der Beamte später: „Beschwerden über Mängel kamen ausschließlich von entlassenen oder streikenden Arbeitern“. Ob die Beschwerdeführer noch in der Firma tätig waren oder nicht, hat doch mit der Frage der Nachprüfung gar nichts zu tun. Offenbar will man aber mit solchen Ausführungen die Unternehmer entschuldigen. Dabei muß der Beamte selbst zugeben, daß die Betriebe sehr mangelhaft eingerichtet sind: „Aufsfallend ist zuweilen die Zahl der Mängel in Betrieben an kleineren Orten, so daß manchmal der Umfang des Betriebes zur Zahl der Mängel in keinem Verhältnis steht. Ein gewisses Sichergehenlassen und Unkenntnis von neueren Hilfsmitteln und Einrichtungen zur Unfallverhütung erklären die in derartigen Betrieben sich vorfindenden Unfälle, während die Unfälle in Großbetrieben, dank den oft vorzüglichen Anlagen und Einrichtungen verhältnismäßig geringer sind“. Im Widerspruch zu diesem Lob der Großfirmen steht aber dann die weitere Bemerkung: „Zu verwundern ist, daß selbst große Firmen, in denen technisch geschultes Personal vorhanden ist, die Notwendigkeit der Unfallverhütungsvorschriften und ebenso die auf Grund derselben getroffenen Maßnahmen noch anzweifeln, sich über diese Maßnahmen beschweren und der Ansicht zu sein scheinen, für sie wären diese Vorschriften unnötig“. Kann man da unfähige Arbeiter verurteilen, wenn der Unternehmer selbst so sich stellt? Trotzdem brummt der Beamte von „Rechtssinn, Unachtsamkeit der Verletzten“.

Gerichts-Zeitung.

Alkoholfolgen.

Die Verfehlungen eines sogenannten „Quarantäufers“ lagen einer Anklagesache zugrunde, welche gestern die 10. Penitentienkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt wegen schweren Diebstahls war der Privatlehrer Johannes Schröder. Der An-

geklagte, welcher der Sohn eines Pastors ist, gehörte zu jenen bedauerndsten Personen, die infolge einer schweren erblichen Belastung in ganz bestimmten Zeitabständen sich in der unmöglichsten Weise dem Alkoholenuss ergeben und dann alle möglichen Dinge begehen, über die sie sich nachher selbst nicht Rechenschaft ablegen können. In einer dieser Säuerperioden hat sich der Angeklagte schon einmal gegen das Gesetz vergangen und ist dann wegen schwerer Urkundenfälschung verurteilt worden. In dem jetzt zur Anklage liegenden Fall hatte er zwei Herren, die von ihm ein möbliertes Zimmer gemietet hatten, mittels Einbruchs Bücher, Kasse, eine goldene Uhr und andere Sachen gestohlen. Diese Sachen hatte er dann verpfändet und den größten Teil des Er-

löses betrunken. Wie auch schon früher bei ähnlichen Zuständen, fuhr er dann ohne ein bestimmtes Ziel blindlings in die Welt hinein, um dann an irgendeinem Orte endlich wieder zur Besinnung zu kommen. Als er wieder in seiner Wohnung in Berlin eintraf und ihm seine Frau mitteilte, daß gegen ihn eine Anzeige wegen des Diebstahls erstattet worden sei, ging er zur Polizei und stellte sich freiwillig. Vor Gericht befandete der Gerichtsarzt Dr. Marx als Sachverständiger, daß der Angeklagte einer Trinkerfamilie entstamme, sein Vater und seine Brüder seien sämtlich dem Alkohol in unmäßiger Form ergeben. Bei einer derartig psychopathischen Konstitution, die bei allen sogenannten „Quartalsäußern“ vorhanden sei, erscheine es sehr fraglich, ob nicht der § 51 in Anwendung

zu bringen sei. Bezüglich des einen Falles, in welchem sich der Angeklagte selbst an alles erinnern könne, liegen jedoch die Anwendungsmöglichkeiten des § 51 nicht vor. Das Gericht erkannte auf 3 Monate und 3 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft. Die Annahme der Zurechnungsfähigkeit des Verurteilten erscheint recht bedenklich.

Leute und Diskurserklub „Tadost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Reichardt, Götlicher Str. 13: Vortrag, Gäste willkommen.

Leute und Diskurserklub „Baumschulenweg“. Heute Mittwoch, abends 9 Uhr, im Lokal von Orbe, Baumschulenstr. 14: Sitzung, Gäste willkommen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel. Bez. 400 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Rudolf Pfaff
Thorner Str. 63, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. d. M., nachm. 4 Uhr, auf dem Abendstichhof in Wehensee statt.

Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Militär-Schneider, Kollege

Alfred Wuttig
am 5. August cr. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Ahrensfelde aus statt.

165/8 Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 4. August, verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, der Vater

Hermann Klöpfer.
Dies zeigt tiefbetrubt an Frau **Emma Klöpfer** nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Donnerstags, den 8. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauli-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

6a

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.

Am 4. August starb nach langem Leiden, im Alter von 62 Jahren, unser Mitglied

Hermann Klöpfer.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Pauli-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.

143/11 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Wilhelm Gerstmann
am 3. August an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. August, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Wolfenbüttelstraße aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder und guter Vater, Schwager und Onkel

Ernst Müller
Eidenauer Str. 13
am 1. d. M. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Dreher

Emil Schust
am 3. d. M. verstorben ist. 6a

Dies zeigt tiefbetrubt an Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet heute Mittwochnachmittag 4 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes auf dem Hübischen Friedhof, Müllers-, Ede Seestraße, statt.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Arbeiter

August Schulz
am 4. August, früh 7 Uhr, durch Unfallsfall verstorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 8. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße Ede Seestraße, aus statt.

Die trauernden Söhne nebst Angehörigen.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 4. d. M. verstarb unser Genosse, der Arbeiter

August Schulz
Kasselerstr. 44 (Bezirk 622).
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes nach dem Städtischen Friedhof in der Müllerstraße Ede Seestraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser

Reinhold Rothe
Reutlin, Oberstr. 3
am 5. d. M. an Diphtherie.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutliner Gemeinde-Friedhofes in der Gottlieb-Dunkelstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Arbeiter

August Schulz
am 4. d. M. durch Unfallsfall.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße, Ede Seestraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet

122/9 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Karl Bandekow
lagen ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Anglerverein „Schlei“ und den Wiertern des Hauses Karlsruherstr. 90a, meinen herzlichsten Dank.

Witwe Anna Bandekow
nebst Sohn, Tochter u. Schwiegersohn

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Selbigen

Karl Rieglmeyer
lage ich hiermit allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.

611/1
Minna Rieglmeyer.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 4. d. M. verstarb unser Genosse, der Arbeiter

August Schulz
Kasselerstr. 44 (Bezirk 622).
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes nach dem Städtischen Friedhof in der Müllerstraße Ede Seestraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser

Reinhold Rothe
Reutlin, Oberstr. 3
am 5. d. M. an Diphtherie.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutliner Gemeinde-Friedhofes in der Gottlieb-Dunkelstraße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Arbeiter

August Schulz
am 4. d. M. durch Unfallsfall.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße, Ede Seestraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet

122/9 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Selbigen

Karl Rieglmeyer
lage ich hiermit allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.

611/1
Minna Rieglmeyer.

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Reinhold Rothe
Eberstr. 3 (14. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reutliner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Johann Piese
am 5. August 1912 im Alter von 25 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr von der Halle des neuen St. Michael-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

164/12 Die Ortsverwaltung.

Idealbrikett der Zukunft

Michel

7" Riesenformat, frei Geläß jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Sentenberger Marken voll gleichwertig.

Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1310.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Ernst Fischer
welcher im Betriebe der Wasserwerke (Saar, Friedrichshagen) beschäftigt war, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am Mittwoch, den 7. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Friedrichshagen aus statt.

35/9 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, Seánigams und Bruders

Georg Zander
lagen mir hierdurch allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

Louis Zander und Kinder, Emma Lenz.
Hennigsdorf. 37612

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee

Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.

Allerbilligste, streng feste Preise.

Verband der Böttcher, Weinküter und Hilfsarbeiter Deutschlands (Filiale Berlin)

Am Sonnabend, den 3. August, verstarb unser Kollege

Paul Zach
nach langer Krankheit im Alter von 31 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 7. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Treptow, Neus Krugallee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.
30/7

Verein d. Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Der Berliner Gehilfenschaft geben wir hiermit bekannt, daß die Firma

Vereinigte Buch- u. Kunstdruckwerke
G. m. b. H.

aus dem Tarif-Verzeichnis gelöscht worden ist, und sind jedwede Konditionsangebote bei der Firma abzulehnen.

Auskunft erteilt die Verwaltung Engelufer 14 I.

Der Gauvorstand.
28/4

V 3

Joseffi

CIGARETTE

Stavistr. 39-32 Querstraße an der 1. bis 2-Zimmer-Wohnungen mit und ohne Bad, mit Warmwasser-Versorgung, elektr. Nachtbeleuchtung, vorn und Gartenhaus, in neuen trockenen Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen Nr. 37 beim Verwalter Meyer.

Ohne jede Anzahlung

Pianos (erstklassige Fabrikat) (5mal prämiert, Staatsmedaille) in allen Holz- u. Stilarten, von wunderbar. Tonfülle (Flügelton)

Flügel und Harmoniums

gegen kleine monatliche Teilzahlung

Für jedes Instrument gewähre ich 10-jährige schriftliche Garantie

Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Strasse 1, Ecke Kurfürstendamm Tel. Ch 10410

Auch Sonntags geöffnet.

Westmanns Truermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalem Strasse).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt Str. 115 (2. Haus von der Andreasstrasse).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schlei etc. v. einfachsten bis zum hochlegant. Genres. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Kufeké Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

- Kindernahrung
- Krankenkost

Auf Teilzahlung!
Ohne Anzahlung! Kein Kassierer.
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandeecken.
Matzner, Gutfelandstraße 41.
Bildergeschäft, Karten od. Besuch erbet.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schnell, sauber. Zusatzen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börs.)

Westmann

Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

3 Tage Extrapreise für Herbstneuheiten

Kostüme, Plüschmäntel, Ulster!

Blau und enal gemust. Kostüme 16 1/2, 22, 28, 36, 50 - 36 Modelle, welche nicht kopiert werden, M. 65, - sonst bis 100

Plüschmäntel M. 33, - 48, - 65, - 100, - 21 Modelle, welche nicht kopiert werden, M. 80, - sonst bis 100

Ulster M. 12, - 18, - 24, - 35, - 75 Modelle, welche nicht kopiert werden, aus acht englischen Stoffen M. 50, - sonst bis 100, -

Moderne Sommerkonfektion zu jedem Irgend annehmbaren Preise!

Kostüme, blau u. gemustert 15, - 25, - 35, - sonst bis 150.
Seidenmäntel, kurz u. lang, 10, - 15, - 25, - sonst bis 60.
Kleider 15, - 25, - 35, - sonst bis 100.
Staubmäntel 6, - 10, - 15, - sonst bis 50.
Röcke, Blusen sportlich.

Sonntag geöffnet von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Partei-Angelegenheiten.

Lichterfelde. Donnerstag, den 8. August, abends 7 Uhr, in allen Bezirken: Handzettelerbreitung. Der Vorstand. Potsdam. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Blaser: Wahlvereinsversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und Anträge.

Berliner Nachrichten.

„Friedhöfe“ für Tiere.

Man braucht kein Gegner vernünftiger Tierschutzbemühungen geschweige ein Tierfeind zu sein, um die Art und Weise, wie heutzutage namentlich in den oberen Klassen vierbeinige Hausfreunde unter Aufwand erheblicher Kosten verärgert werden, im Gegensatz zum Menschenrecht sträflich zu finden. Es stimmt nicht ganz, wenn gesagt wird: wer die Tiere liebt, liebt auch die Menschen. Ich nein, übergenug Beispiele lassen sich aufzählen, daß Menschen, die für einen gestürzten Gaul, einen Hiebshund das tiefe Mitleid öffentlich zur Schau tragen, an einem leidenden Mitmenschen hart und grausam vorübergehen. Wegen eines in der Kirchturnspitze eingeklemmten Raubvogels wird die Feuerwehr in Bewegung gesetzt. Wer fühlt zur rechten Zeit Mitleid mit dem ehrenreuegeschmückten Krüppel, der mühselig trotz des Holzbeins seinen Leiterkasten schiebt und oft nicht weiß, wovon er den Hunger stillen soll? Solche Gedanken müssen wach werden, wenn man hört, wie Tierschutzvereine weit über die Stränge schlagen und über ihrem an sich löblichen Tun immer mehr die Menschen bergehen. Erli der Mensch, dann das Tier! Des Tierschutzes sich zu brüsten hat nur ein Recht, wer auch dem Menschen seinen vollen Schutz gewährt. Es muß sonderbar berühren, wenn man hört, daß der Charlottenburger Tierschutzverein die behördliche Erlaubnis zur Errichtung von Begräbnisstätten für Tiere an zahlreichen Stellen Groß-Berlins anstrebt. Während und anklagend sei es wiederholt: erst der Mensch, dann das Tier! Sind die großen Leichenfelder vor den Toren der Stadt, wo ungezählte Tausende im Leben grausam behandelter Menschen den letzten Schlaf schlafen, in jenem Zustande, der nichts zu tun mehr übrig läßt? ... In der Müllerstraße, auf dem Hintergrundstück 122-124, befindet sich seit Jahren ein privater Tierfriedhof, den wohl nur wenige Berliner kennen. Das Gelände ist mit einem Holzzaun umgeben. Hinter ihm stehen wir mehrere hundert Grabhügel mit marmornen Grabsteinen und reich mit Blumen geschmückt. Und fast jeder Stein trägt in goldenen Lettern eine Inschrift, die kündigt von der Anhänglichkeit an das tote Tier. Die „Leidtragenden“ gehen hier ein und aus, schmücken die Hügel, vergießen nicht selten Tränen. Sogar Holzkreuze stehen auf einigen Gräbern. Nun soll gern zugestanden sein, daß es, solange die Sache in engsten Grenzen bleibt, harmlos ist, sehr gefühlvollen Seelen eine Konzeption zu machen. Aber Groß-Berlin mit einem ganzen Kranz von Tierbegräbnisstätten zu beglücken — nein, dafür haben wir in unserer Zeit, die mit allen Kräften der Menschheitswohlstand dienen soll, kein Verständnis. Und darum nochmals: erst der Mensch, dann das Tier! Man verlege doch den Tierfriedhof aus der Müllerstraße nach Friedrichsfelde, dicht neben die abgestorbene Großstadtdarmut mit ihren elenden, niedrigen, fahlen Rasenhügeln. Der Vergleich ist ein schwerer Vorwurf für die moderne Weltordnung, die Tiere mit Menschenrechten begräbt und arme Menschen wie Raubtiere verscharrt.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit Abzahlungsgehefte mitunter vorgehen, beweist nachstehender Fall: Anfangs 1910 entnahm der Maler A. von der Nähmaschinefirma W. H. Lemke, Kronenstraße 57, Lieferant der Kaiser-Wilhelm-Stiftung, des Frauen-Großvereins, des Vereins der Heimstättenarbeiter usw., eine Nähmaschine zum Preise von 150 M. auf Abzahlung. Die Abzahlungen waren auf 1,50 M. pro Woche vereinbart. Der Kaufpreis wäre allerdings bereits bezahlt, wenn die Raten pünktlich geleistet worden wären. Doch kommen bei Arbeitern, insbesondere auch bei Malern, Zeiten der Arbeitslosigkeit, während welcher es unmöglich ist, Zahlung zu leisten. Damit sollte jedes Abzahlungsgehefte, das ja seine Kundenschaft und seinen Profit bei der unbemittelten Bevölkerung sucht und findet, rechnen und im eigenen Geschäftsinteresse, ganz abgesehen von Gründen der Menschlichkeit, Rücksicht nehmen. Dies um so mehr, insofern der Käufer, wie in diesem Falle, den guten Willen zeigt, seine Schuld abzutragen. Die Preise der Abzahlungsgehefte sind durchweg so bemessen, daß neben einem auskömmlichen Verdienst der geringe Zinsverlust mehr als gedeckt ist. Dem A. soll übrigens noch, als er beim Kauf auf die Zeiten der Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Zahlungsunmöglichkeit hinwies, Rücksicht zugesichert worden sein.

A. hat bisher 87 M. abbezahlt, schuldet also noch 63 M. Die Firma Lemke hat nun, indem sie von einem im Sommer vorigen Jahres, als A. ebenfalls im Rückstand war, erlangten Urteil Gebrauch machte, die Nähmaschine am 31. Juli durch einen Gerichtsvollzieher abholen lassen. Der Arbeiter ist seine Frau erwerblos, vom Grunde abgesehen 87 M. los, seiner Frau ist es nicht mehr möglich, in Zeiten der Not mitzuerwerben und die Firma kann mit der abgehobenen Maschine nochmals ein Geschäft machen. Der Arbeitspreis, den die Firma gezahlt hat, dürfte durch die 87 M. zum mindesten gedeckt sein.

Dabei ist die Firma Lemke nicht einmal formell im Recht. Wie gefagt, ist das Urteil im Sommer vorigen Jahres erlangt. Nachdem hat A. Zahlungen von zusammen 29 M. geleistet. Die letzte Abzahlung von 2 M. ist am 30. Juli, also einen Tag vor der Abholung erfolgt. Das erwähnte Urteil lautete auf Zahlung von 20 M. oder Herausgabe der Maschine. Nach Erlass des Urteils sind also mehr als 20 M. gezahlt, die Rechte aus dem Urteil waren sonach erledigt, abgesehen davon, daß die Annahme von Zahlungen nach Urteilserlass, sogar noch am 30. Juli unmittelbar vor der Abholung, einen Verzicht auf den im Urteil festgelegten Herausgabepreis bedeutet. Diese Handlungsweise der Firma verstößt gegen Treu und Glauben im Geschäftsverkehr. Dem A. ist zu raten, Klage auf Rückgabe der Maschine und auf Schadenersatz dafür, daß die Ehefrau nicht miterwerbend kam, zu erheben. Das Gericht wird nicht umhin können, ihm diese Ansprüche zuzubilligen.

Die durch unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung geschaffene Notlage wird von spekulativen Köpfen doppelt ausgenutzt: Erhöhte Preise für die Abzahlungsgehefte, Fortnahme und Weiterverkauf der Sachen mit erneutem Profit, falls der Arbeiter beim besten Willen die Raten nicht pünktlich innezuhalten imstande ist. Den Arbeitern kann nur geraten werden: Vermeidet, wenn irgend möglich, Abzahlungsverträge. Seid Ihr aber zu solchen gezwungen, dann geht nicht höhere Verpflichtungen ein, als wie Ihr sie auch bestmöglich erfüllen könnt. Die mündlichen Zusicherungen sind gegenüber schriftlichen Verträgen wirkungslos, abgesehen davon, daß sie in der Regel nicht bewiesen werden können. Auf Entgegenkommen ist in der Regel nicht zu rechnen.

Interessant ist noch, daß die Firma Lemke selber in ihrer Klage vom August v. J. den Wert der Nähmaschine auf 50 M. angibt. Daraus muß man folgern, daß die Maschine in 1 1/2 Jahren um 2/3 mindertwertiger geworden war, jetzt aber nach 2 1/2 Jahren überhanpt wertlos ist. Will man zu diesem für die Güte der von der Firma zum Preise von 150 M. vertriebenen Nähmaschine sehr blamablen Ergebnis nicht kommen, so kann die Maschine zur Zeit des Verkaufs im Jahre 1910 unmöglich 150 M. wert gewesen sein.

Die Einnahme der städtischen Straßendämme im Juli betragen 178 112,40 M. gegen 165 093,05 M. im Juli 1911, d. i. eine Tageseinnahme von 5 745,50 M. gegen 5 844,94 M. im Juli 1911. Es wurden indagegen 1 895 987 Personen gegen 1 785 410 Personen im Vorjahre befördert. Die Anzahl der im Juli gefahrenen Wagenkilometer (Motowagen und Anhängewagen) ist von 847 715 des Vorjahres auf 857 893 gestiegen. Die Einnahme für das Wagenkilometer beträgt 45,92 Pf. gegen 47,65 Pf. im Vorjahre.

Das Verschwinden des Berliner Rechtsanwalts, Justizrat Michaelis wird seit einigen Tagen viel besprochen. Wie berichtet wird, weilte die Gattin des Rechtsanwaltes in den letzten Wochen in Marienbad, während der Rechtsanwalt in einer geschäftlichen Angelegenheit am 27. Juli nach Paris gereist war und sich dann einige Tage in dem nahe bei Paris gelegenen Engghien les bains erholten wollte. Am Sonntag erhielt die Dame einen am 1. August geschriebenen, am 2. in Paris aufgegebenen Brief, in dem der Rechtsanwalt ankündigte, daß er Selbstmord begehen wollte. Die Gründe für die Lebensmüdigkeit, so hieß es in dem Briefe, seien große finanzielle Schwierigkeiten, deren er nicht Herr werden könne. Die Gattin des Rechtsanwaltes fuhr nach Berlin, setzte sich sofort mit der deutschen Botschaft in Paris, mit der dortigen Polizei und mit dem Hotel, in dem ihr Gatte abgeftiegen war, in Verbindung. Vom Hotel erhielt sie die Antwort, daß der Rechtsanwalt vor drei Tagen das Hotel unter Zurücklassung des Gepäcks verlassen habe. Seither fehlte jede Nachricht über ihn. Es ist bis zur Stunde den Angehörigen nicht gelungen, eine sichere Nachricht darüber zu erlangen, was aus dem Rechtsanwalt geworden ist, ob er die Selbstmordabsicht auch verwirklicht hat oder sich in Paris verborgen hält. Der Vorkaufsvorsteher des Rechtsanwaltes ist gestern nach Paris gefahren, um dort Ermittlungen anzustellen.

Wie ein Telegramm aus Paris meldet, wurde gestern vormittag die Leiche des Notars Paul Michaelis aus der Seine gezogen. Bei der Leiche wurde ein Brief gefunden, der Aufschluß über die Gründe des Selbstmordes gibt, die in sehr namhaften Spielverlusten bestehen sollen.

Die Sonntagsruhe im Bier- und Eishandel. Der Polizeipräsident hat über die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe der Bierbrauereien und Eisfabriken für den Landespolizeibezirk Berlin folgende Bestimmungen erlassen: Handlungsgeschäften, Lehrlinge und Arbeiter dürfen mit dem Handeln von Bier und Korbis an Sonntagen und Feiertagen nur bis spätestens 12 Uhr mittags beschäftigt werden. Das Ausschreiben hat in der Zeit von 8 bis 10 Uhr zu erfolgen. — Diejenigen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, die an Sonntagen und Feiertagen auf Grund vorkommender Vorkäufe im Handelsgewerbe länger als fünf Stunden, und diejenigen Arbeiter, die auf Grund der obigen Vorschriften im Gewerbebetriebe länger als drei Stunden beschäftigt sind, sind entweder an jedem dritten Sonntage volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntage mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von jeder Beschäftigung frei zu lassen.

Die Eröffnung des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin kann eine Verzögerung erfahren. Auf der Strecke Dranienburg-Beinitzer Schleife-Katz ist Wasser aus dem Kanal in das angrenzende Gelände gedrungen. Dadurch sind Verstärkungen über die Undurchlässigkeit der künstlichen Tonschichten der Kanalsohle entstanden. Zur Prüfung dieser Undurchlässigkeit und einer besseren Dichtung der Sohle und Wände des Kanals hat man das Wasser aus der Kanalstrecke wieder abgelassen.

Eintrittskarten zu dem Konzert des Philharmonischen Orchesters am 9. August sind noch an folgenden Stellen zu haben:

- Bureau des vierten Wahlkreises, Stralauer Platz 1/2; Bureau des sechsten Wahlkreises, Neue Hofstr. 23; Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15 und im Zigarrengeschäft von Horst, Engelauer 15.

Unsere Genossen mögen von dieser Gelegenheit regen Gebrauch machen.

Zu dem Streit in „Juden“ wird gemeldet, daß der Unternehmer Gustav Hagenbed aus Dresden hierher zurückgekehrt ist. Herr Hagenbed ist geschäftlich vertriebt gewesen, um Unterhandlungen wegen Bauplanung der Dresdener Vogelweise für eine Schauausstellung einzuleiten. Hagenbed soll nunmehr gegen Höpner aus mehreren Gründen den Antrag auf Strafverfolgung gestellt haben.

Trotz der Warnung vor dem Gebrauche überlanger Hutnadeln gibt es hier und da noch Damen, welche diese gefährlichen Waffen nicht strecken wollen. In den Straßenbahnwagen wurden, nach dem Grundsatze: Kommt den Frauen zart entgegen, die Damen zunächst Rücksicht gebeten, im Interesse der Mitfahrenden ihre Hute nicht mit langhervorstehenden Hutnadeln zu befestigen. Diese in den Wagen hängenden Plakate sind jetzt überklebt worden und man liest nunmehr auf ihnen: „Um eine Verletzung der Mitfahrenden zu verhüten, haben die Damen hervorstehende Hutnadeln zu fassen.“ Ein zweites Verbot richtet sich gegen die Bewohnheit der Kinder (oder ihrer Begleiter?). Es lautet: „Stehen und Knien von Kindern auf Sitzplätzen ist nicht gestattet.“

Drei Tiergartenräuber wurden vorgestern abend um 9 Uhr auf frischer Tat ergriffen. Als um diese Zeit die Geschäftsinhaberin Fräulein M. aus der Alexandrinenstr. 24 im Tiergarten am Goldfischteich vorbeiging, sprang plötzlich ein Strolch auf sie zu und versuchte, ihr die Handtasche zu entreißen. Fräulein M. setzte sich zur Wehr und mit Hilfe von Spaziergängern, die auf ihr Hilfergeschrei hinzugekommen waren, gelang es, den Räuber festzunehmen und der Polizei zu übergeben. Der Ertrappte wurde festgesetzt als ein 18 Jahre alter Freizeugehilfe Willi Holper, der erst vor kurzem aus der Provinz hierher gekommen ist. Er gab an, daß er von zwei anderen Männern zu der Tat angezettelt worden sei. Diese Behauptung erwies sich auch als wahr. Die Anstifter hatten sich, während er die Dame überfiel, in der Nähe im Gebüsch versteckt gehalten und dann die Flucht ergriffen. Dieselben wurden aber noch im Laufe der Nacht ermittelt und festgenommen. Es sind ein Arbeiter Erwin von Vredow und ein gewisser „Schlächter Wilhelm“, die beide schon länger in Berlin wohnen. Sie hatten sich zufällig mit dem jungen Freizeugehilfen im Tiergarten getroffen und ihn dazu überredet, zu versuchen, durch den Raub Geld zu beschaffen.

Aus Nahrungsjorgen in den Tod. Eine Familientragödie spielte sich gestern nachmittag im Hause Charlottenburger Ufer 16-17 ab. Dort wohnte seit einem Jahr im dritten Stock des Vorderhauses die 55 Jahre alte verwitwete Frau Dr. Klara Hagemann mit ihren beiden Kindern, dem 17 Jahre alten Sohn Clarence und der 15 Jahre alten Tochter Elisabeth. Wie sie den Hausgenossen erzählte, lebte die Frau mit ihren Kindern von ihren Erbschaften. In diesem Sommer war die Familie vier Wochen vertriebt. Als sie vor 14 Tagen zurückkehrte, verkaufte Frau Dr. Hagemann ein Stück ihrer Wertsachen nach dem andern. Den Hausgenossen gegenüber erklärte sie das damit, daß sie ins Ausland zu gehen beabsichtige. In Wirklichkeit aber war es dazu die Notwendigkeit, sich auf diesem Wege die Mittel für den Lebensunterhalt zu beschaffen. Als nach der Beraubung fast aller Sachen auch diese Möglichkeit aufhörte, beschloß

die Frau mit ihren Kindern in den Tod zu gehen. Gestern mittag um 2 Uhr bemerkten Hausbewohner einen starken Gasgeruch auf der Treppe. Sie benachrichtigten deshalb die Gasanstalt, damit die einen Arbeiter zum Nachsehen der Gähne schickte. Als dieser erschien, nahm er wahr, daß der Gasgeruch aus dem Zimmer der Frau Dr. Hagemann strömte. Daraufhin ließ man deren Wohnung gewaltsam öffnen. In der Wohnstube fand man die Frau mit ihren Kindern bewußlos daliegen. Der Sohn lag auf dem Liegefeser, die Tochter und ihre Mutter auf dem Bett. Die Hausbewohner benachrichtigten jetzt einen Arzt und die Feuerwehr, die gemeinsam Wiederbelebungsversuche anstellten. Bei der Tochter waren diese auch noch von Erfolg. Mutter und Sohn waren jedoch schon tot. Während man das Mädchen nach dem Krankenhaus Befried brachte, wurden die beiden Leichen dem Charlottenburger Schauhaufe zugeführt. In hinterlassenen Briefen erklärt die Frau, daß Nahrungsjorgen sie und ihre Kinder in den Tod getrieben haben.

Dachstuhlbrände ohne Ende. Auch gestern war wieder ein Dachstuhlbrand zu verzeichnen. Diesmal herrschte das Feuer im Dachstuhl des Quergebäudes Hafftenstraße 74, im Norden der Stadt. Die Feuerwehr rückte mit den Jagen 19, 21 und 23 an und ging sofort mit zwei Hochen gegen den Brand vor. Eine starke Rauchentwicklung erzwang anfangs die Löscharbeiten ungemein und erst als ein Sauerstoffapparat in Benutzung genommen wurde, konnte der eigentliche Brandherd erreicht werden. Nach einstündigem Wassergeben war das Feuer erstickt. Der Dachstuhl des Quergebäudes ist größtenteils zerstört. Nach Ansicht der Hausbewohner muß auch hier wieder vorsätzliche Brandstiftung vorliegen, denn vor Ausbruch des Brandes — das Feuer wurde gegen 8 Uhr morgens bemerkt — hatte noch niemand von den Mietern den Boden betreten. Mit den Aufräumungsarbeiten auf der Brandstelle hatte die Feuerwehr noch lange Zeit zu tun.

Todessturz aus dem Fenster. In der Schleißer Straße 6 ereignete sich gestern ein bedauerlicher Unfall. Der 50jährige Felix Pfahl, der an Krämpfen leidet, besam, während er aus dem Fenster sah, einen Anfall und stürzte dabei aus dem Fenster seiner in der vierten Etage gelegenen Wohnung. Er starb nach wenigen Minuten. — Gestern früh gegen 7 Uhr hat sich die 34 Jahre alte Klara Brandt, Geißbergstr. 2, aus ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße hinabgestürzt. Schwerverletzt wurde sie in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die Tat soll in geistiger Ummachtung geschehen sein.

Beim Spielen der Arbeiterjugend im Humboldthain sind folgende Gegenstände gefunden worden: Ein Paar Strümpfe, zwei Schlüssel, eine Uhrkette und ein Haarpeil; als verloren gemeldet ist ein goldenes Halsband. Die Gegenstände sind abzugeben resp. abzuholen beim Spielleiter Richard Rehbock, N. 20, Thurneysseerstr. 7, 3. Aufgang, 3 Tr.

Ein dreifacher Ueberfall wurde gestern nacht in der Köpenicker Heide auf den 44jährigen Droschkenkutscher Albert Zippel aus der Rüdigerdorfer Straße 49 verübt. Als er mit seiner Droschke auf dem Halteplatz am Straußberger Platz hielt, kamen abends gegen 1/2 11 Uhr zwei Männer und eine Frau und forderten ihn auf, sie die Köpenicker Chaussee entlang spazieren zu fahren. Einer der Männer setzte sich neben dem Kutscher auf den Bod, während der andere mit der Frauensperson im Wagen Platz nahm. Als der Kutscher mit seinem Fußwerk in der Köpenicker Heide angekommen war, erhielt er plötzlich von hinten einen wichtigen Hieb auf den Kopf. Gleichzeitig packte ihn der Mann, der neben ihm saß, an den Weinen und warf ihn vom Wagen. Alle drei Personen fielen jetzt über ihn her, schlugen ihn so lange, bis er die Bewußtheit verloren hatte und warfen ihn in einen Chausseegraben. Dann entrißten sie ihm seine Geldbörse, in der nur ungefähr 10 M. bares Geld war.

Wer sind die Toten? In der Nacht zu vorgestern wurde in der Gosmannerforst Halbe im Kreise Teitow ein unbekannter Mann mit einer Schußwunde im Kopfe aufgefunden. Weil er noch Lebenszeichen von sich gab, wurde er nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. Dort ist er gestern aber seinen Verletzungen erlegen. Ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, ließ sich noch nicht feststellen. Der Tote ist Ernst Velag heißen. Ob das sein richtiger Name ist und wo er gewohnt hat, konnte man noch nicht ermitteln. Seine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht. — Aus dem Bannewitz gelandet wurde gestern ein unbekannter Mann, dessen Persönlichkeit ebenfalls noch nicht festgestellt werden konnte. Der Tote ist ungefähr 1,85-1,70 Meter groß und hat rotblondes Haar. Bekleidet war er mit einem blauen Tweedanzug, schwarzen Schürstiefeln, grauen Strümpfen und einem weißleinen Hemd ohne Zeichen.

Noch nicht rekonvalesziert ist der Selbstmörder, dessen Leiche am Sonntagabend in der Nähe des Restaurants „Schloß Ziegel“ aufgefunden wurde. Der Unbekannte, der sich anscheinend vergiftet hat, ist etwa 50 Jahre alt und 1,66 Meter groß. Er hat graumeliertes Kopfhair, ebensolchen Bart, längliches Gesicht, graue Augen, schmale Nase, auffallend kleinen Mund und ein lächelhaftes Gebiß. Bekleidet ist der Tote mit dunkler gestreifter Hose, schwarzem Jackett, schwarzen Schürstiefeln, grauen Strümpfen und weißer Unterwäsche. Er trug eine schwarze und rotgestreifte Krautwaite. Die Leiche liegt in der Halle des Ziegeler Friedhofes.

Der Vorstand des Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßendamm teilt uns unter Bezugnahme auf unsere Notiz in der gefrigen Nummer des „Vorwärts“: „Wie wenig bei der Großen Berliner Straßendammgesellschaft“ usw. mit, daß das dem entlassenen B. vom Krankengelde zu Unrecht abgezogene Darlehn unverzüglich portofrei wieder zugewandt worden sei. Der Obmann des Vereins sei der irrthümlichen Meinung gewesen, daß das Darlehn ebenfogut vom Krankengelde wie vom Lohn abgezogen werden könne. Sobald der Vorstand diesen Irrtum erfahren, habe er die Aufhebung der Maßnahme veranlaßt.

Vorort-Nachrichten.

Reutkolln.

Ein schwerer Straßunfall hat sich am Montagnachmittag an der Ecke Berliner- und Jägerstraße ereignet. Der Kaufmann Gustav Wolff aus der Ellenstraße 77 wollte dort einen Straßendammwagen der Linie 46 während der Fahrt besteigen. Er kam zu Fall und stürzte vor einem herannahenden Straßendammwagen der Firma Ocker aus der Ranteuffelstraße 79. Der Kutscher des Gefährtes vermochte nicht mehr die Pferde rechtzeitig zum Stehen zu bringen; der Verunglückte geriet unter den schweren Wagen, dessen Vorderäder über ihn hinweggingen. Der Kaufmann, der schwere innere und äußere Verletzungen davongetragen hatte, wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Die erste Männer- und erste Lehrlingsabteilung der Freien Turnerschaft „Reutkolln-Club“ turnen jetzt im Lokal des Herrn Petri, Anesebedstraße. Die Turnstunden finden statt: für die Männerabteilung jeden Donnerstag von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, und für die Lehrlingsabteilung jeden Mittwoch von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. — Zur Eröffnung der neuen Turnstätte findet Donnerstag, 8. August, ein Zusammenturnen der drei Männerabteilungen statt.

Schöneberg.

Abholung von Spareinsagen. Die Sparkasse hiesiger Stadt hat eine neue Einrichtung geschaffen, die für jeden, der in der glücklichen Lage ist, sparen zu können, von Vorteil sein dürfte. Bei jedem Spareinsagen kann die unentgeltliche Abholung der Sparegelder in wöchentlichen Beträgen von 50 Pf., 1 M., 2 M., 3 M., 4 M., 5 M., 10 M., 20 M. erfolgen. Rückzahlungen der erparten

Abzählungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus

Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk

Arbeiter-Bekleidung

F. F. Kistner

Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 90

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Brotfabrik

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Passage-Bad

Reform-Bad

Kuranstalt

Römer-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bandagen, Gummilw.

Reiche, A.

Wende, A.

Gebrüder Groh

August Holz

Kosmalla, E.

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

W. Adelung & A. Hoffmann

Bierbrauerei Weidensee

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Groterjans

C. Habels Brauerei

F. W. Hiltbein A.-G.

Goldbier

A. Landre Weissbier

Löwen-Brauerei

Roland Schade

Victoria-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Bezugsquellen-Verzeichnis.

G. Laurent

Wagner, P.

Paul Zutermann

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann

Drogen u. Farben

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

Oskar Beck

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke

Gebrüder Groh

August Holz

Kosmalla, E.

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

W. Adelung & A. Hoffmann

Bierbrauerei Weidensee

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Groterjans

C. Habels Brauerei

F. W. Hiltbein A.-G.

Goldbier

A. Landre Weissbier

Löwen-Brauerei

Roland Schade

Victoria-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Victoria-Brauerei

Blumen und Kränze

Wagner, P.

Paul Zutermann

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann

Drogen u. Farben

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann

Oskar Beck

Buntrock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke

Gebrüder Groh

August Holz

Kosmalla, E.

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

Georg Wunder

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikate der Sarotti

W. Adelung & A. Hoffmann

Bierbrauerei Weidensee

Brauerei Königstadt

Brauerei Pfefferberg

Brauerei Tivoli

Caramel-Weißbier

Deutsche Bierbrauerei A.G.

Groterjans

C. Habels Brauerei

F. W. Hiltbein A.-G.

Goldbier

A. Landre Weissbier

Löwen-Brauerei

Roland Schade

Victoria-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt

Advertisement for Singer Nähmaschinen (Singer Sewing Machines) featuring various models and agents like Emil Hüfner, C. Kühn, and others. Includes text: 'Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.' and 'Afrana-Nähmaschinen'.

Das gute Kiebeck Bier

Theater und Vergnügungen

Wittwoch, 7. August 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. D diese Berliner.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Der Heroldhütersee und der St. Gotthard.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Leipzig. Vergnügungsbelle.
Neues Schauspielhaus. Schwester Schäfer. Der verkaufte Gatte. Ein wenig Waschl.
Anfang 8 3/4 Uhr.
Kleines. Der Unerschämte. Der Wert seiner Uhr. Der Herr mit der grünen Kravatte.
Anfang 8 30 Uhr.
Enfen-Theater. Der verfallene Turm.
Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett. Yvonne.
Sternwarte. Amalthea. 57-62.

Schiller-Theater
Das Konzert.
Berliner Theater.
Große Raffinen.
Neues Theater.
Lessing-Theater.
ROSE-THEATER
Königstadt-Kasino.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Apollo Theater
10 große Attraktionen mit Lora.
Wunder-Papagei.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
LUNA PARK
Größt. Vergnügungspark des Kontinents!
30 Weltattraktionen 30
Entree 50 Pf.
Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei.

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lehend! Ohne Extra-Entree!
Voigt-Theater.
Seltendramen
Südstraße 55.
Heute: Elite-Tag.
Die Tochter der Hexe.
Tanz bei groß. Orchester

Reichshallen-Garten
„Alt-Berlin“ täglich.
Honigmann-Orchest.
Puhlmanns Theater
Schönhäuser Allee 148.
Täglich:
Das vollständig neue Programm!
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Hagenbecks Indien
Tempelhofer Feld